Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł, mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł, vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 7,50 zł. Danzig 2,50 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz.Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 89 — **Bromberg, Dienstag, den 16. April 1935.** — **59. Jahrg.**

Dauerkrise oder europäische Lösung?

Von Stresa nach Genf.

Die fünfzehn Jahre, die Versailles und den anderen Pariser Vorortverträgen gefolgt sind, haben Europa nicht zur Ruhe kommen lassen. Eine Konferenz jagte die andere, ein Genfer Gespräch löste das andere ab, diplomatische Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett spielten dazwischen. Aber alle Versuche, die krisenhafte europäische Lage zu entspannen, blieben erfolglos, einfach aus dem Grunde, weil man mit kleinen Aushilfsmitteln auszukommen wähnte, anstatt die Hand an die Wurzel des Übels zu legen, an die Friedensverträge von 1919, die seit der Diskriminierung der Besiegten den Urgrund der europäischen Unruhe bildeten und heute noch bilden.

Wieder steht Europa im Zeichen einer Konferenz. Die Konferenz von Stresa, die unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich geht, ist eine weitere Etappe im Zuge der durch die Baldwinrede vom November vorigen Jahres von England eingeleiteten Aktion zur Befriedung Europas. Vergegenwärtigen wir uns in Stichworten, was sich seither ereignet hat: Die römischen Beschlüsse von Anfang Januar setzten das Siegel unter die französisch-italienischen Einigungsbemühungen; die Londoner Verlautbarung vom 3. Februar, zwischen England und Frankreich zustandegekommen, stellte ein Programm zur „Organisierung des europäischen Friedens“ auf. Es folgte das deutsch-englische Gespräch von Ende März, dem sich Edens „Erkundungsfahrten“ nach Moskau, Warschau und Prag anschlossen. Durch das Abkommen Paris-Moskau, unmittelbar vor dem Zusammentritt der Stresa-Konferenz ist das sowjetrussisch-französische Bündnis auf dem Marsche. Dazwischen liegt der denkwürdige 16. März mit der Wiedereinführung der deutschen Wehrpflicht, der Wiedergewinnung der deutschen Wehrhoheit, der Erringung der praktischen und tatsächlichen Gleichberechtigung Deutschlands. Man wird dem Kapitel der Weltgeschichte, das sich jetzt abrollt, die Überschrift geben können: „Wie stellen sich die europäischen Mächte zu der Wiedererstarkung Deutschlands?“ In dieser Problemstellung liegen alle die Fragen eingeschlossen, über die jetzt in Stresa und wenige Tage später in Genf vor dem Völkerbundrat zwischen den Mächten verhandelt wird: die verschiedenen Paktverträge, Sicherheitsabkommen, Nichteinmischungspakte, Völkerbund, Rüstungsbeschränkung und deutsche Aufrüstung.

Die Einstellung der einzelnen Mächte ist nicht einheitlich. Weder England noch Frankreich sind mit einem fest umrissenen Programm nach Stresa gegangen; lediglich Mussolini deutete „Taten“ an und sieht im übrigen in einer starken Rüstung Italiens die beste Friedenssicherung. Englands Ziel ist langfristige Friedenssicherung, die es in kollektiver Sicherung im Rahmen des Völkerbundes, Gleichberechtigung und Rüstungsbegrenzung erblickt. England hat sich nicht festgelegt und wünscht sich auch nicht festlegen zu lassen. Die englische Politik will unter allen Umständen vermitteln. Für England ist Stresa „eine fortgesetzte Erkundungsaktion auf dem Kontinent“. England wird die Rückwirkung auf die Berichte Simons über seine und seines Ministerkollegen Eden Erkundungsreisen nach Berlin, Moskau, Warschau und Prag und die Gegenvorschläge der beiden anderen Locarnopartner — und im Hintergrunde hinter Frankreich, zugleich als Drahtzieher, steht Moskau — abwarten und erst nach Stresa und nach Genf seine Entschlüsse fassen.

Wie werden sich Frankreich und Italien zu den englischen Vermittlungsbemühungen auf Grund der englischen Erkundungsreisen stellen? Frankreich sieht in Stresa das Sprungbrett für Genf. In Stresa sollte nach Frankreichs Wunsch die Anklageschrift gegen Deutschland für Genf vorbereitet und beraten werden. Frankreich will eine ausdrückliche Feststellung einer „moralischen Verfehlung Deutschlands“ durch den Völkerbundrat und hofft auf dieser Grundlage auf englische und italienische Zustimmung. Auf diese moralische Diskreditierung des Deutschen Reiches — daß sich Frankreich durch die verweigerte Abrüstung und die Verstärkung seiner Rüstungen ebenso wie die anderen Mächte eines Vertragsbruches schuldig gemacht haben, aus dem sich für Deutschland die Notwendigkeit selbstverantlichen Handelns ergab, kümmert die Franzosen wenig — kommt es Frankreich in erster Linie an. Unmittelbare Aktionen der Feststellung der deutschen „Verfehlung“ durch den Völkerbundrat folgen zu lassen, scheint Frankreich nicht zu planen. Zur „Verurteilung“ Deutschlands gehört Einstimmigkeit des Rates. Aber Polen scheint aus der Reihe tanzen zu wollen. Vor allen Dingen will die französische Politik für die Zukunft bestimmte Aktionsmöglichkeiten sicherstellen, eben durch die Verwirklichung der französischen Paktpläne und den Ausbau der französischen Bündnispolitik.

In dieser Richtung liegt als Vorspiel zum Militärbündnis das am Vorabend von Stresa abgeschlossene französisch-sowjetrussische Abkommen, das im wesentlichen darauf hinausläuft, die Garantien der Artikel 10, 16 und 17 des Völkerbundpaktes effektiver zu gestalten. Das bedeutet nach Artikel 10 die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit der beteiligten Staaten — also ein Riegel gegen die Revision —, während Artikel 16 die Maßnahmen bestimmt, die gegen einen dem Völkerbunde angehörenden Angreifer zu richten sind, Artikel 17 die gegen einen dem Völkerbunde nicht angehörenden. Das Abkommen zwischen Paris und Moskau zeigt gewisse Anklänge an den Plan eines allgemeinen europäischen Sicherpaktes, wie er jetzt an Stelle des überholten Ostpaktes durch Verstärkung und Präzisierung der Artikel 10 und 16 des Völkerbundstatuts erwogen wird. Wird aber die Frage der Präzisierung des Völkerbundpaktes aufgeworfen, so bedarf es auch einer Präzisierung des Artikels 19, der die Abänderung unhaltbar gewordener Verträge vorsieht. Nur so würden die von den Staaten übernommenen Verpflichtungen für den gegenseitigen Beistand wirkliche Garantieverpflichtungen für die Aufrechterhaltung des Friedens sein. Im anderen Falle wären sie Garantieverpflichtungen für den status quo, das heißt, für die französische Vormachtstellung und würden dann in Widerspruch zu den Zielen eines gesamteuropäischen Friedenspaktes stehen.

Ob durch Stresa und Genf eine Einigung möglich wird, bleibt abzuwarten. Allianzpläne und bündnisartige Pakte werden keine Befriedung Europas bringen; sie ist nur möglich durch die Rückkehr zu europäischen Lösungsversuchen. Deutschland ist zu einer solchen Lösung nach wie vor bereit. Der Ostpakt in der von Barthou-Litwinow ursprünglich geplanten, von Deutschland und Polen abgelehnten Form, ist tot. In einen allgemeinen europäischen Sicherheitspakt ohne allianzähnlichen Charakter ließen sich die zweiseitigen Verträge, zu deren Abschluß mit allen seinen Nachbarn Deutschland bereit ist, unter Umständen einfügen. Ein Abrüstungsvertrag, das heißt eine Begrenzung der Rüstungen ist durchaus möglich, wenn die Rüstungsbegrenzung keine einseitige ist, und wenn ihr alle Staaten unterworfen sind. Einem Luftabkommen der Locarnomächte stehen Hemmnisse kaum entgegen. Eine Rückkehr in einen vom Versailler Vertrag gelösten Völkerbund wäre für Deutschland tragbar, wenn die deutsche Diskriminierung auch auf allen anderen Gebieten, auf denen sie noch besteht, fällt.

Dauerkrise oder europäische Lösung? Die Entscheidung liegt nicht bei dem friedens- und verständigungsbereiten Deutschland, sie liegt bei den anderen Mächten, die sich bisher von Versailles und dem Geist von Versailles nicht freimachen konnten.

Frankreichs Denkschrift an den Völkerbundrat.

Der Hauptschuldige will anklagen.

Genf, 15. April (DNB).

Die am Sonntag mittag veröffentlichte französische Denkschrift an den Völkerbundrat gegen das deutsche Wehrgesetz, die den Gegenstand der Beratungen der heute eröffneten außerordentlichen Sitzung des Völkerbundrats bilden soll, hat folgenden Wortlaut:

1. Am 16. März hat der deutsche Reichskanzler die Berliner Botschafter der europäischen Mächte zu sich gerufen, um ihnen von dem Wortlaut eines Gesetzes Kenntnis zu geben, das in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wiederhergestellt und das eine neue Einteilung der Armee in 12 Armeekorps und in 36 Divisionen vorsieht. An demselben Tage trat das Gesetz in Kraft. Dieser Maßnahme war schon am 9. März die offizielle Ankündigung der Wiedererrichtung einer deutschen Militärluftfahrt vorausgegangen.

In zwei ihrer wichtigsten Bestimmungen sind somit die Klauseln des Friedensvertrages formell zurückgestoßen (répudié) worden. Dies ist die Krönung (consécration) langer methodisch im Geheimen verfolgter Anstrengungen: Es ist dies der Beweis der Bedeutung der in Deutschland bereits vollbrachten Aufrüstung, ganz abgesehen von dem Plan, dessen Vollbringung weiter verfolgt wird; es ist dies nicht nur die Verkündigung einer Politik; diese ist schon zur Tatsache geworden.

Vor einem Jahre hat das Anwachsen des durch das Reich für das Jahr 1934/35 vorgesehenen Militärbudgets Europa bewegt, und die Französische Regierung hatte in diesen voraussichtlichen Angaben (die übrigens später weit überschritten worden sind) eine Andeutung gesehen für den Entschluß der Deutschen Regierung, ihre Aufrüstung in Grenzen zu verfolgen, deren Richter sie selbst sein wollte. Die Behörden des Reiches erhoben Protest gegen eine solche Auslegung. In einer Note, die der Außenminister des Reiches dem englischen Gesandten in Berlin am 11. April übermittelt hat, wird das Anwachsen der Ausgaben durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, die Vorbereitungen für die Umwandlung in eine Milizarmee mit kurzer Dienstzeit weiter zu verfolgen und es wurde Einspruch dagegen erhoben, daß der Haushalt des Luftfahrtministeriums als Rüstungshaushalt angesehen werden könne.

Einige Tage später, am 27. April, sprach dieser sein „Erstaunen“ darüber aus, daß man sich ernstlich über den Luftfahrthaushalt beunruhigen könne, dessen Ausgaben nur dazu dienen sollten, die Bevölkerung gegen die Luftangriffe zu schützen und die Zivilluftfahrt zu reorganisieren. Noch am 20. Dezember bestritt der Luftfahrtminister, daß das Reich mehr als einige Versuchsapparate besitze. Drei Monate sind seither verstrichen und der Reichskanzler Hitler ist in der Lage, den britischen Staatssekretär davon zu unterrichten, daß das Reich auf dem Gebiete der Luftfahrt bereits die Gleichheit mit England erreicht habe.

Es wird erlaubt sein festzustellen, daß, um zu einem solchen Ergebnis zu gelangen, eine Anstrengung von einigen Wochen, ja sogar von einigen Monaten nicht genügt hätte. Dementis und Erklärungen erhalten daher ihren wahren Wert, und die Bestrebungen, die sie enthüllen, ihre wahre Bedeutung.

Französisches Lamento.

2. Die Initiativen, an die hier erinnert worden ist, sind ein formeller Bruch der hauptsächlichsten Klauseln des Teiles 5 des Versailler Vertrages und der später über ihre Anwendung zwischen der Deutschen Regierung und den Regierungen der hauptsächlichsten alliierten Mächte auf der Botschafterkonferenz abgeschlossenen Abkommen.

An dem systematischen Übertreten dieser Vertragsartikel war schon lange kein Zweifel mehr erlaubt. Aber diese Überschreitungen waren so gut wie möglich verborgen. Heute ist die Verletzung offensichtlich. Sie wird nicht bestritten. Der Völkerbund hat die Aufgabe, sich damit zu befassen. Der Völkerbund, der auf Achtung der internationalen Verpflichtungen begründet und Wächter eines Paktes ist, dessen Präambel anerkennt, daß die Staaten, die „die Zusammenarbeit zwischen den Nationen entwickeln wollen“ und „ihnen den Frieden und die Sicherheit garantieren wollen“, „gewissenhaft alle Verpflichtungen der Verträge in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den organisierten Völkern anerkennen“ müssen, kann nicht gleichgültig bleiben bei der Behauptung einer politischen Methode, die direkt den Grundsätzen, auf welchen sie beruht, und dem Zweck, den er sich gesteckt, zuwiderläuft.

3. Bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat sich die Versammlung ausdrücklich auf Teil 5 des Vertrages berufen, um das Militär-, Marine- und Luftfahrtstatut festzusetzen, dem das Reich entsprechen müßte. Sie hat von einer Erklärung Kenntnis genommen, nach welcher Deutschland „tatsächliche Garantien seiner aufrichtigen Absicht, die Verpflichtungen, die aus den Verträgen und seinen Anhängen hervorgehen, inne zu halten“, gab.

Indem die Deutsche Regierung die Bestimmungen, die ihr Militärstatut regeln für null und nichtig erklärt, hat sie mit Überlegung einen der Faktoren zerstört, auf denen ihre Mitarbeit an der Genfer Einrichtung gegründet ist.

Pharisäer.

4. Indem sie das tut, hat die Regierung des Reiches den Erfolg der internationalen Verhandlungen über die Beschränkung der Rüstungen, die unter den Auspizien des Völkerbundes begründet auf Artikel 8 des Völkerbundpaktes vor sich gehen ernstlich gefährdet, obschon die Mächte viele Beweise ihres Willens, den Bestimmungen dieses Artikels zu entsprechen, gegeben hatten. Was die Französische Regierung anbelangt, so müsse sie daran erinnern, daß sie von 1921 bis 1928 die Dienstzeit in Frankreich von drei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt habe. Daß die für die Verteidigung der Metropole sofort verwendbaren Streitkräfte sich infolgedessen je nach der in Betracht gezogenen Lage um 42 oder um 60 Prozent vermindert haben. Daß die Überseearmee ihrerseits ebenfalls bedeutende Verminderungen erfahren habe, daß die Aufrüstung des Luftbauprogramms nur in ganz schwachem Maße fortgeschritten sei.

Ohne Zweifel hatten sich die Schwierigkeiten, die sich einem Erfolg der Genfer Konferenz entgegensetzten, angehäuft. Aber das hat die Deutsche Regierung nicht von ihren Verpflichtungen befreit. Auch wenn, was die Französische Regierung formell bestreitet, die Präambel von Teil 5 den Charakter und die Tragweite hätten, die man ihr manchmal geben wolle, bleibe nichtsdestoweniger eine wichtige Tatsache bestehen; welches auch die Schwierigkeiten in der Erfüllung einer Aufgabe seien, die die Maßnahmen der deutschen Aufrüstung noch heikler machen, so haben während der Zeit, wo die Konferenz ihre Verhandlungen weiter verfolgt habe, die Mächte es nicht aufgegeben, die Grundlage für eine internationale Einigung zu suchen.

Die Französische Regierung ist es sich schuldig, an die Vorschläge zu erinnern, die sie schon am 5. Februar 1932 für die Begrenzung der Bombenflugzeuge und ihre zur Verfügungstellung an den Völkerbund und für die Schaffung einer internationalen Macht im Zusammenhang mit der besten Organisation der Sicherheit gemacht hat. Sie erinnert weiter an die Vorschläge, die sie am 14. November desselben Jahres im Hinblick auf die Herstellung eines europäischen Systems der Rüstungsverminderung und der internationalen Zusammenarbeit gemacht hat. Sie erinnert an die Erklärung vom 11. Dezember 1932, die die Gewährung der Gleichberechtigung unlösbar an die Herstellung eines Sicherheitssystems bindet.

Sie erinnert schließlich daran, daß im Oktober 1933, in einer Stunde, wo die internationale Lage sich bereits zu verdunkeln begann, aus Gründen, für die Frankreich keinerlei Verantwortung trägt, die Französische Regierung mit mehreren anderen Regierungen dahin übereingekommen war, ein Arbeitsprogramm vorzuschlagen, das es der Genfer Konferenz erlaubt hätte, nützliche und wirksame Arbeit zu leisten. Es ist wahr, daß nach Kenntnisnahme dieses Programms die Reichsregierung sich für verpflichtet

jah, Genf zu verlassen und den Austritt aus dem Völkerbund anzukündigen. Es handelt sich um eine brutale Geste, die durch nichts gerechtfertigt war, wie dies der Präsident der Konferenz selbst festgestellt hat.

„Klänge des Friedens".

Aber auch nach dieser Geste ist die Arbeit nicht aufgegeben worden. Am 3. Februar d. J. wurde auf die Initiative der Französischen und Englischen Regierung hin ein Programm aufgestellt, das von allen, dem Frieden dienenden Mächten mit Genugtuung aufgenommen wurde.

Dieses Programm hatte selbst die Reichsregierung angenommen. Ihre Beschlüsse vom 16. März haben es indessen entschieden gefährdet. Es wäre nutzlos, wollte sie sich auf die Maßnahmen berufen, die andere Regierungen sich gezwungen sahen, in ihrem eigenen Lande zu ergreifen, denn diese Maßnahmen wurden durch die Entwicklung der deutschen Rüstung gerechtfertigt. Es wäre nutzlos, wollte sie sich besonders auf die Maßnahmen der Französischen Regierung berufen, die um den aus dem Krieg hervorgegangenen Schwierigkeiten der Rekrutierung zu begegnen, diese Maßnahme hinsichtlich der Dauer der Militärdienstzeit ergreifen mußte, die schon vor 5 Jahren durch die Vorbereitende Abrüstungskonferenz als berechtigt anerkannt wurde.

Deutschland hat einem internationalen Problem eine einseitige Lösung geben wollen (!) Die Verhandlungsmethode hat es durch die Methode der vollendeten Tatsachen ersetzt. Ihre Beschlüsse, die mit dem ganzen System der Rüstungsbeschränkung unvereinbar sind, haben für ganz Europa die Frage der allgemeinen Aufrüstung (!) in ihrer ganzen Schwere aufgeworfen.

Der Völkerbundrat hat die Pflicht, sich über die Verantwortlichkeit der so geschaffenen Lage und über die Folgen, die sie nach sich zieht, auszusprechen. Er muß auch die Schlußfolgerungen bekannt geben, die die Regierungen für ihre Abkommenspolitik daraus zu ziehen haben, die den Willen haben, die europäische Sicherheit aufrecht zu erhalten und zu vermitteln.

Der Vertragsbrüchige fordert Vertragstreue

5. Eine noch bedeutendere Frage muß gestellt werden. Denn in einem Europa, in dem sich die Methode der einseitigen Kündigung internationaler Verpflichtungen verallgemeinern würde, würde es bald nur noch Platz für Machtpolitik geben. Keine Verhandlung ist möglich, wenn im Laufe dieser Verhandlungen einer der Teilnehmer das willkürlich an sich reißt, was Gegenstand der Verhandlung ist. Keine Verhandlung ist außerdem nützlich, wenn die Ergebnisse ganz gleich welcher Art, durch den Willen einer der beteiligten Parteien zerstört werden können. Man sollte dann bei den internationalen Beziehungen von vornherein den Begriff eines Vertrages oder einer Verpflichtung ausschalten.

Die Anstrengungen der friedlichen Nationen gehen darauf hinaus, durch die Angriffs-, gegenseitige Erleichterungs- und Beistandsverpflichtungen zwischen den Staaten ein weites System der kollektiven Sicherheit zu schaffen. Ist es der Mühe wert, diese Anstrengungen fortzusetzen, wenn zugegeben wird, daß der Verstoß gegen eine übernommene Verpflichtung, so feierlich sie auch sei, keine anderen Folgen nach sich zieht, als eine moralische Ablehnung, und wenn man keinerlei Risiko eingeht, indem man sich von seinen Verpflichtungen befreit und der verletzende Staat in der Unbefragtheit eine Ermutigung zu neuen Verletzungen findet? Der Völkerbundrat kann einer solchen Bedrohung gegen die internationale Ordnung nicht gleichgültig gegenüberstehen, ohne seiner Aufgabe nicht gerecht zu werden. Er hat die Pflicht, ihr entgegenzutreten, indem er die geeigneten Maßnahmen ergreift, um der heute geschaffenen Lage abzuhelfen und eine Wiederholung zu verhindern.

Das sind die Betrachtungen, auf die die Französische Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundrates lenken möchte.

Überzeugt davon, daß die Achtung vor übernommenen Verpflichtungen jeder friedlichen Nation eine Pflicht ist, ist sie sich der Verpflichtung bewußt, die die verschiedenen Artikel des Paktes den Mitgliedern des Völkerbundes auferlegen. Sie wünscht, das Vertrauen unter den Völkern wieder hergestellt zu sehen und erklärt sich mit allen Regierungen solidarisch, denen an der Festigung des Friedens gelegen ist. **Die Französische Regierung wartet vertrauensvoll darauf, daß sich der Völkerbundrat über die ihm unterbreitete ernste Lage ausspricht, daß er über die Gegenwart beschließt und die Zukunft sichert.**

Die Denkschrift ist von einer Note Lavals vom 9. April an den Generalsekretär des Völkerbundes begleitet, in welcher er sich auf sein Telegramm vom 20. März, durch das er die Einberufung des Völkerbundrats verlangt hat, beruft.

*

Frankreichs Spiegelfechterei.

Die französische Denkschrift ist, so bemerkt DNB nach ihrem ersten Eindruck, wenn auch in Form einer Anklageschrift, mehr

das geschickte Plädoyer für den tatsächlich Beschuldigten.

Zu Punkt 1: In ihrer Grundtendenz geht die Denkschrift völlig darüber hinweg, daß sich Deutschland in einer Zwangslage befand und ihm sein Vorgehen durch das Verhalten der anderen vorgeschrieben wurde. Auf der einen Seite war es laut Äußerung französischer Minister seit Jahren klar, daß Frankreich nicht daran dachte, die versprochene Abrüstungsverpflichtung ernstlich durchzuführen. Auf der anderen Seite **wurde Deutschland durch ein Spiel mit wechselnden Vorschlägen künstlich hingehalten, um daran verhindert zu werden, an die primitivsten Sicherheitsmaßnahmen für sein Territorium zu denken.** In dieser jahrelangen Periode unaufrichtiger Verschleppungen gab es für Deutschland nur eine Möglichkeit und nur eine selbstverständliche Pflicht. Notgedrungen alle Vorkehrungen und Vorbereitungen für eine angemessene Wehr so weit zu treiben, daß in dem Augenblick, in dem die letzte Hoffnung schwand, den Versailler Vertrag durch die anderen erfüllt zu sehen, die angesichts Deutschlands Lage unentbehrlichen Rüstungsmaßnahmen schlagartig einsetzen konnten. Diesem offenkundigen Tatbestand wurde in Punkt 1 der Denkschrift direkt Gewalt angetan.

Zu Punkt 2: Wenn in der Denkschrift die Präambel des Völkerbundstatuts zitiert wird, die ihren Mitgliedern Frieden und Sicherheit garantiere, dann hat Deutschland seit 1926, dem Beginn der Arbeiten jenes „Vorbereitenden Abrüstungsausschusses" bis 1934, also 9 Jahre lang, unermüdlich und vergeblich darum gekämpft, diesen Satz der Präambel auch für sich angewendet zu sehen. **Wenn also der Völkerbund als „Wärter der Verträge" Deutschland gegenüber in jahrelangen schweren Verzug geriet, so lag das daran, daß er untätig zusah, wie die anderen Mächte sich um die eigene Abrüstung drückten und darüber hinaus ihre Rüstungen überstürzten, ohne ihren jeweiligen Rüstungsstand entsprechend dem Völkerbundstatut anzumelden.** Diese Rüstungen wurden vielmehr in aller Heimlichkeit durchgeführt.

Zu Punkt 3: Wenn sich Deutschland bei Eintritt in den Völkerbund auf das künftige Militärstatut des Völkerbundes verpflichtete, so hat sich Deutschland solange an diese Zusage gehalten, solange noch der Schimmer einer Hoffnung bestand, daß die anderen Mächte noch daran denken würden, zur loyalen Herstellung eines solchen Statutes zu schreiten.

Erst die Überzeugung, daß dies im Sinne der Sicherheit für alle nie geschehen würde, gab Deutschland seine Handlungsfreiheit unbestreitbar und zwangsläufig wieder.

Zu Punkt 4. Die Abrüstungsbeteuerungen Frankreichs wirken gerade für Deutschlands Ohren nicht aufrichtig. Während Deutschland auf ein lang dienendes Berufsheer von 100 000 Mannn festgelegt war, schuf sich Frankreich eine Armee von vielen Millionen ausgebildeter Reserven. Die Rüstungsmaschinerie arbeitete weiter unter Vervollkommnung aller Waffengattungen, namentlich der für Deutschland verbotenen und ein unkontrollierbares potentiel de guerre wurde vertragswidrig geschaffen.

Wenn sich dem Erfolg der Genfer Konferenz Schwierigkeiten entgegensetzten so ist die Frage kaum schwer zu beantworten, wer diese Schwierigkeiten schuf. Deutschland hat immer wieder durch neues Entgegenkommen versucht, sie auszuräumen.

Dem immer wiederholten Auftürmen neuer Schwierigkeiten stand es schließlich machtlos gegenüber. Peinlich wirkt namentlich die Erinnerung der Denkschrift an den französischen Vorschlag vom 5. Februar 1932, Bombenflugzeuge dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen, zumal dies an das Angebot Frankreichs, französische Truppen als Besatzung zur Abstimmung an die Saar zu schicken gemahnt. Wenn die Denkschrift in diesem Zusammenhang auch an die bekannte Erklärung vom 11. Dezember 1932 erinnert, so ist durch diese keine Änderung der Methoden und Ziele entstanden, denn gerade die willkürliche und einseitige Auslegung des Begriffes „Sicherheit" verhinderte systematisch ein Weitertreiben des Abrüstungsproblems.

Zu Punkt 5: Wenn der Grundsatz aufgestellt wird, keine Verhandlung ist möglich, wenn einer der Teilnehmer das an sich reißt, was Gegenstand der Verhandlungen ist, so sprechen alle französischen Aufrüstungsmaßnahmen — zuletzt die Einführung der zweijährigen Dienstzeit — Frankreich das Recht ab, als Anwalt diese These zu vertreten. Wenn Frankreich glaubt, Deutschland an die „Feierlichkeit" seiner in Versailles aufgezwungenen Verpflichtungen erinnern zu sollen, **so sei hier nur an die im Schlußprotokoll von Locarno von seiten Frankreichs ebenso feierlich wie freiwillig übernommene Verpflichtung erinnert, unverzüglich zur Abrüstung zu schreiten.**

Abschluß in Stresa.

Alle sind „zufrieden" und „hoffnungsvoll."

Die Konferenz von Stresa ist zu Ende. Am Sonntag nachmittag um 4 Uhr sind die Franzosen nach Genf und Paris abgefahren, die Engländer folgten um 3/4 7 Uhr. Das Kapitel Stresa ist geschlossen. Das Kapitel Genf, das im weiteren Verlauf Kapitel Rom und London heißen wird, beginnt. Mit großer Verspätung wurde nachmittags 3 Uhr nach einem Frühstück, bei dem Flandin noch einmal alle Delegierten um sich versammelte, das Schlußprotokoll ausgegeben, das auf 3½ Schreibmaschinenseiten alles enthält, was vereinbart worden ist.

Das Communiqué ist eine offizielle Erklärung von drei Mächten, die für die zukünftige Politik dieser Mächte richtunggebend sein soll.

Das Communiqué sagt u. a.:

Die Vertreter der Regierungen Italiens, Frankreichs und Großbritanniens haben in Stresa die allgemeine europäische Lage im Lichte der Ergebnisse des Gedankenaustausches geprüft, der in den letzten Wochen über die Entscheidung der Deutschen Regierung vom 16. März und über die Informationen der englischen Minister stattgefunden hat, welche auf den Reisen in den verschiedenen europäischen Hauptstädten erlangt worden sind.

Nachdem sie die Wirkungen auf ihre Politik, wie sie in den Vereinbarungen von Rom und London festgelegt ist, überlegt haben, fanden sie sich in vollständiger Übereinstimmung über die verschiedenen diskutierten Angelegenheiten.

Die sechs Punkte.

1. Sie einigten sich auf eine gemeinsame Haltung für den Verlauf der Erörterungen über den Antrag, den die Französische Regierung dem Völkerbundrat in Genf unterbreitet hat.

2. Die erhaltenen Informationen haben ihre Ansicht bestätigt, daß die Verhandlungen weitergeführt werden sollten in der Richtung, die für die Sicherheit in Osteuropa erwünscht ist.

3. Die Vertreter der drei Regierungen prüften erneut die europäische Lage. Sie bestätigten die englisch-französisch-italienischen Erklärungen vom 17. Februar und 27. September 1934, in denen die drei Regierungen anerkannt haben, **daß die Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs ihre gemeinsame Politik weiter leiten soll.** Die Mächte beziehen sich auf das französisch-italienische Protokoll vom 17. Januar 1935 und auf die französisch-englischen Erklärungen vom 3. Februar 1935. Dadurch ist die Entscheidung bestätigt, daß sich die Mächte über Maßnahmen beraten, die sie im Falle einer Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit und Integrität ergreifen wollen. **Die Mächte sind übereingekommen, daß die Vertreter aller Regierungen, die in dem Protokoll von Rom genannt werden, baldigst zusammenkommen sollen, um ein mitteleuropäisches Abkommen abzuschließen.**

4. In bezug auf den für Westeuropa vorgeschlagenen Luftpakt bestätigen die Vertreter der drei Regierungen die Grundsätze und das Verfahren, wie sie im Communiqué vom 3. Februar von London vorgesehen sind, und kamen überein, die Frage eines Entwurfes eines Paktes zwischen den fünf Mächten, die in dem Londoner Communiqué genannt sind, aktiv zu prüfen und darüber hinaus die Frage zweiseitiger Abkommen, die den Vertrag begleiten sollen, zu studieren.

Die Frage der Rüstungen.

5. Bei dem Programm der Rüstungen haben die Mächte sich daran erinnert, daß das Londoner Communiqué ein Abkommen vorsah, das frei mit Deutschland erreicht und die entsprechenden Bestimmungen des Teiles 5 des Vertrages von Versailles ersetzen sollte. Sie haben in dem Gefühl ihrer Verantwortung über die kürzliche Aktion der Deutschen Regierung und über den Bericht beraten, den Sir John Simon auf Grund seiner Unterhaltungen mit dem deutschen Reichskanzler in dieser Frage erstattet hat.

Die Vertreter der drei Regierungen haben mit Bedauern festgestellt, daß die Methode der einseitigen Aufhebung, die die Deutsche Regierung in einem Augenblick eingeschlagen hat, dem öffentlichen Vertrauen in die Sicherheit der friedlichen Ordnung Abbruch getan hat. Die Vertreter der drei Regierungen bestätigen trotzdem wieder ihren ernsthaften Wunsch, den Frieden aufrecht zu erhalten, indem sie ein Gefühl der Sicherheit schaffen und erklären ihrerseits, daß sie in dem Wunsch festbleiben, sich zu jedem praktischen Versuch für die Befestigung internationalen Abkommen über Rüstungsbegrenzung zu vereinigen.

6. Die Vertreter der drei Regierungen haben von dem Wunsch Kenntnis genommen, der von den Staaten zum Ausdruck gebracht worden ist, deren militärischer Status durch die Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly festgesetzt ist, die Revision dieses Status zu erlangen. Sie beschließen, auf diplomatischem Wege auch die anderen interessierten Staaten zu unterrichten und ihnen zu empfehlen, diese Frage unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, daß sie geregelt wird innerhalb des Rahmens allgemeiner und regionaler Sicherheitsgarantien.

Das Communiqué hat dann noch einen Anhang, der mit „englisch-italienische Erklärungen" überschrieben ist. Dort heißt es: Die folgende gemeinsame Erklärung wurde von den Vertretern Italiens und Großbritanniens über den Vertrag von Locarno abgegeben: Die Vertreter Italiens und Großbritanniens, die Mächte also, die an dem Vertrag von Locarno nur in ihrer Eigenschaft als Garanten teilnehmen, bestätigen feierlich, all ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag und erklären ihre Absicht, wenn die Notwendigkeit entstehen sollte, sie treu zu erfüllen.

Die drei Mächte, deren politisches Ziel die gemeinsame Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes ist, befinden sich in vollständiger Übereinstimmung darüber, daß sie sich mit allen praktischen Mitteln jeder einseitigen Aufhebung der Verträge widersetzen werden, die den Frieden von Europa gefährden könnte, und sie werden zu diesem Zweck in enger und herzlicher Zusammenarbeit handeln.

*

Die harte Nuß.

„Gazeta Polska" zu Stresa.

Zu dem Ergebnis von Stresa äußert sich bisher als einziges polnisches Blatt das Regierungsorgan **„Gazeta Polska"**. Dort heißt es, die lakonische Erklärung, die Vertreter der drei Mächte hätten einer gemeinsamen Linie des Handelns für die Ratssitzung des Völkerbundes zugestimmt, gebe, ebensowenig wie die Teile des Communiqués, die der Rüstungsfrage gewidmet sind,

keine praktischen Methoden für die Erledigung der französischen Denkschrift.

Die Nuß, die die Teilnehmer von Stresa nach Genf bringen, um sie auf den Tisch des Rates zu legen, sei hart und schwer zu beißen. Aber einmal habe die Methode Erfolg gehabt, die zur Ohnmacht der Abrüstungskonferenz geführt habe. Diese Methode könne den Friedensarbeiten nicht mit Erfolg dienen und der Völkerbund könne aus diesem Versuch nur geschwächt hervorgehen.

Im Laufe der letzten beiden Jahre hätten sich die Abrüstungsbemühungen außerhalb des Völkerbundes abgespielt. Gegenwärtig verweise man sie erneut an den Völkerbund und fordere von ihm die Entwirrung des Knäuels, das er nicht verwickelt habe. Polen habe sich schon auf der Abrüstungskonferenz für ein bescheidenes, aber zu verwirklichendes Programm ausgesprochen.

Es sei nicht durchgeführt worden.

Das Sinken des Vertrauens und eine Atmosphäre der Unlust sei das Ergebnis gewesen, das im Gegensatz stehe zu den Absichten der Mehrheit der in Genf zusammen arbeitenden Staaten.

In einem Lagenbericht beschäftigt sich der **„Ilustrowany Kurjer Codzienny"** auch mit dem vermutlichen Ergebnis der Sitzung des Völkerbundrats und vertritt den Standpunkt, daß die Ratsentschließung einen rein platonischen Charakter haben werde. Die Staaten, die die Initiatoren der Einberufung der außerordentlichen Session sind, würden den Akt Deutschlands als vollzogene Tatsache hinnehmen und sich mit der formalen Erledigung des Antrages zufrieden geben.

Alle sind zufrieden ..

In Stresa ist im Augenblick nichts als Genugtuung über das Ergebnis zu verspüren. Flandin erklärte für eine Tonfilm-Wochenschau: Wenn seine Friedenshoffnungen jetzt in Erfüllung gehen, werde es keinen glücklicheren Menschen geben als den französischen Ministerpräsidenten.

Macdonald äußerte sich sehr befriedigt über das Ergebnis der Konferenz. Man konnte ihm beim Gespräch mit Presseleuten anmerken, wie sehr das Ergebnis seinen Erwartungen entsprach.

Laval geht nach Rom.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas glaubt zu wissen, daß der französische Außenminister Laval Frankreich auf der römischen Konferenz vertreten werde. Ein ursprünglich in Paris beabsichtigter Ministerrat ist bis zur Rückkehr des französischen Außenministers am Donnerstag oder Freitag verschoben worden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 15. April 1935.

Krakau — 1,54 (— 1,40). **Zawichost** + 2,66 (+ 2,09) **Warschau** + 2,20 (+ 2,36). **Plock** + 2,08 (+ 2,40). **Thorn** 2,61 (+ 3,31). **Fordon** + 2,66 (+ 3,29). **Culm** + 2,54 (+ 3,12). **Graudenz** + 2,88 (+ 3,30). **Kurzebrak** + 3,08 (+ 3,04). **Piekel** + 2,80 (+ 2,98). **Dirschau** + 2,99 (+ 3,04). **Einlage** + 2,92 (+ 2,54). **Schiewenhorst** 2,86 (+ 2,64). **(In Klammern die Meldung des Vortages.)**

Ehrenkreuze für Frontkämpfer.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus maßgebender Quelle erfährt, werden die Ehrenkreuze für Frontkämpfer Bürgern des Polnischen Staates nicht verliehen. In der Meldung wird besonders betont, daß mit der Verleihung dieser Erinnerungszeichen keine materiellen Zuschüsse oder Leistungen verbunden sind.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 15. April.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Festnahme eines gefährlichen Einbrechers.

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, wurde von der hiesigen Kriminalpolizei eine gefährliche Bande von Wohnungseinbrechern unschädlich gemacht. Es handelte sich um die hier in der Fordonerstraße wohnhafte Familie Pawlaczyk, die ihren Unterhalt fast ausschließlich durch systematische Wohnungsdiebstähle bestritt. Die Täter hatten nicht weniger als 40 Wohnungseinbrüche verübt, von denen der größte Teil ihnen bereits nachgewiesen werden konnte. Festgenommen wurden seinerzeit das Familienoberhaupt Józef Pawlaczyk, seine Ehefrau und sein Sohn Władysław, sowie der Schwiegersohn des P. Stanisław Podkościelny. Ein weiterer Sohn, Anton Pawlaczyk, der der Anführer der Gesellschaft war, konnte sich durch rechtzeitige Flucht der Verhaftung entziehen.

Alle Bemühungen der Polizei, seiner habhaft zu werden, führten vorerst zu keinem Erfolg. Am vergangenen Sonnabend erhielt nun die Kriminalpolizei eine vertrauliche Mitteilung, daß sich der Gesuchte in Rinkau aufhalte. Ein größeres Polizeiaufgebot begab sich sofort mit einem Lastauto nach Rinkau, fand jedoch den Vogel bereits wieder ausgeflogen. Der Polizei gelang es dann aber festzustellen, daß sich der Einbrecher zu einem Friseur nach der Danzigerstraße begeben habe, um seinen äußeren Menschen einer Verschönerung zu unterziehen. Die Kriminalbeamten, die sofort den Friseur aufsuchten, nahmen den Spitzbuben gerade in dem Augenblick in Empfang, als er frisch rasiert und frisiert das Geschäft verlassen wollte. Anton P. erklärte in einiger Verlegenheit, daß er selbst die Absicht gehabt habe, sich der Polizei zu stellen.

Im Zusammenhang mit den zahlreichen Diebstählen, die von dieser Bande verübt worden sind, sei nochmals darauf hingewiesen, daß im ersten Polizeikommissariat, Zimmer 46, sich noch eine ganze Menge gestohlener Sachen befinden. Die Kriminalpolizei bittet deshalb, daß sich alle diejenigen, bei denen in letzter Zeit Wohnungsdiebstähle begangen wurden, bei der Kriminalpolizei melden, um die Sachen in Augenschein zu nehmen.

Ein Pferd rutscht in eine Wohnung.

Ein noch nie dagewesenes Ereignis spielte sich in der Hempelstraße ab. Ein Landwirt aus Netzheim (Wałownica) war die genannte Straße entlanggefahren und wahrscheinlich scheute das Pferd, denn es sprang plötzlich auf den Bürgersteig und muß dann in die im Erdgeschoß gelegene Wohnung der Witwe Josefa Linsting gerutscht sein. Denn anders ist es nicht möglich, daß das Tier durch ein Fenster von 96 Zentimeter Breite und 1,30 Meter Höhe in die Wohnung gelangte — zum nicht geringen Schrecken der in dem betreffenden Zimmer anwesenden verheirateten Tochter der Wohnungsinhaberin. Glücklicherweise kam der Kutscher, der leicht hätte gegen die Mauer geschleudert werden können, mit dem Schrecken davon. In der Wohnung hat der ungewöhnliche Gast, den das Pferd darstellte, natürlich eine ungeheuere Verwüstung angerichtet. Möbel wurden zerschlagen, die Betten zerrissen, Lampen zerschmettert.

Leider konnte man das Pferd, das so leicht und schnell in die Wohnung gelangt war, nicht auf demselben Wege wieder hinausbefördern. Die Feuerwehr und ein Aufgebot von nicht weniger als acht Polizisten mußte antreten, um das Tier dann durch ein anderes Zimmer auf die Treppe zu führen und schließlich so auf die Straße zu bringen. Der Vorfall hatte natürlich eine ungeheure Menschenmenge angelockt.

§ **Die nächste Stadtverordnetensitzung** findet am Donnerstag, dem 18. April d. J., um 18.30 Uhr im Rathaus statt. Auf der Tagesordnung stehen verschiedene Fragen der Stadtsparkasse.

§ **Ein ganz ausgezeichneter Film** läuft zurzeit im Kino „Kristal". Es handelt sich um den Luis Trenker-Film „Der verlorene Sohn". Der Film schildert das Schicksal eines Tiroler Bauernburschen, der aus der Welt der Berge in die Welt der Wolkenkratzer gerät und dort in den Tagen des Elends aber auch in den Tagen des Glücks immer mehr das Heimweh verspürt nach diesen Höhen, die er seinerzeit verachtet hatte. Eine Reihe sehr schöner Aufnahmen, besonders von der Holzfällerarbeit in den Bergen, dann schöne Skibilder, Bilder aus Newyork und zuletzt die Schilderung alter Sonnenwendbräuche geben dem Film eine besondere Note. Die Tonwiedergabe ist ausgezeichnet, die Melodien sind ansprechend.

§ **Der Überfall auf den Autobus aufgeklärt. Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Banditen festzustellen, die das unerhörte Blutbad in dem Autobus in der Nähe von Hopfengarten (Brzoza) verursacht haben. Es handelt sich um die Brüder Wawrzyniak, Józef, Felix, Kazimierz und Marcel, sämtlich in Bromberg wohnhaft. Die Täter wurden verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Es scheint sich bei der Tat um einen Racheakt zu handeln, den die Banditen außerdem dazu benutzten, ihre Gegner auszuplündern.**

§ **Früh krümmt sich . . .** An einem der letzten Tage ist in der Bahnhofstraße ein Einbruch in den Nebenraum des Bureaus einer Maschinenhandlung verübt worden. Ein Laufbursche der betreffenden Firma stellte fest, daß ein 14jähriger Bursche in den Raum eingedrungen war. Als man fragte, was er hier zu suchen habe, erklärte er, daß er gekommen sei, um zu betteln. Man nahm eine Leibesvisitation vor und stellte dabei fest, daß der Junge ein silbernes Zigaretten-Etui und verschiedene andere Kleinigkeiten sich angeeignet hatte. — Das Händler-Ehepaar Stanisław Rybak, Lorenzstraße 14, hatte seinen 13jährigen Sohn in der Wohnung zurückgelassen, um in die Kirche zu gehen. Bei der Rückkehr fand man die Wohnung verschlossen vor. Der Junge war verschwunden und mit ihm die ganzen Ersparnisse der Eltern in Höhe von 250 Złoty. Man stellte Nachforschungen an und ermittelte, daß der Knabe zwei Freunde mit Schokolade beschenkt hatte und dann mit ihnen in ein Restaurant in der Danzigerstraße gegangen war, wo die drei Bürschchen im Alter von etwa 12 bis 13 Jahren wie große Herren auftraten. Dort verabschiedete sich dann der spendable Freund und ist seitdem verschwunden. Er ist etwa 1,15 bis 1,20 groß, hat ein volles rundes Gesicht, kurze Nase, dunkelblondes Haar, auf dem Kopf eine Narbe. Der Knabe war mit einem grauen Anzug und Flauschmantel und hohen schwarzen Schuhen bekleidet. Die Polizei, der der Fall gemeldet wurde, hat eine Untersuchung eingeleitet.

§ **In selbstmörderischer Absicht** sich die Pulsadern an beiden Händen zu durchschneiden versucht hat eine 37jährige Ehefrau im Hause Chausseestraße (Grunwaldzka) Nr. 73. Man schaffte die Lebensmüde in das Städtische Krankenhaus, wo jede Gefahr beseitigt werden konnte.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Frauen und Mädchen! Heute Lichtbilder-Vortrag! Um 8 Uhr abends im ehemaligen Concordia-Saale, jetzt Resursa Kupiecka, Jagiellońska 13, spricht der Wiener Privatgelehrte Hans Morawitz über wichtigste Probleme jedes Frauenlebens wie „Natürliche Gesundheitspflege und neuzeitliche Frauenhygiene, Frauenleiden und ihre Verhütung, Gefühlsleben und Frauenkälte, Gefahren der Wechseljahre, Gemütsdepressionen, Hysterie, Eifersucht usw." Ferner noch über „die natürliche empfängnisfreie Zeit jeder gesunden Frau nach Prof. Dr. Knaus (Österr.) und Dr. Ogino (Japan), die natürliche Geburtenregelung vom Standpunkte eugenischer und rassischer Gesichtspunkte und sittlich-religiöses, natürliches und glückliches Eheleben". Zahlreiche anatomische Lichtbilder ergänzen den fast dreistündigen Vortrag in bester Weise. Niemand versäume ihn! Karten von 1,00—3,00 Złoty im Vorverkauf in der Buchhandlung von E. Hecht's Nachfolger, ul. Gdańska 27, in der Musikalienhandlung J. Jdzikowski, ul. Gdańska 23 und ab 7,30 Uhr abends an der Abendkasse.

Männer-Vortrag morgen, Dienstag, den 16. April, im gleichen Saale über „Frauenkörper — Frauenseele" und „Natürliches, glückliches Eheleben nach Knaus-Ogino"! 1422

Schweres Eisenbahnunglück in Hopfengarten.

Am Sonnabend gegen ½11 Uhr vormittags ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Hopfengarten (Brzoza). Ein Güterzug, der um 10.05 Uhr Bromberg in Richtung Inowrocław verlassen hatte, durchfuhr die Bahnstation Hopfengarten, wobei die Lokomotive entgleiste. Die ersten Waggons wurden zertrümmert und stürzten von den Schienen. Leider hat bei dem Unfall ein Bahnbeamter und zwar der Bremser Gościński den Tod erlitten.

Ein Werkzug aus Bromberg war sofort entsandt worden und unter Leitung höherer Beamten begannen die Aufräumungsarbeiten. Gleichzeitig wurde eine Untersuchung des Unfalls eingeleitet. Man nimmt an, daß infolge zu plötzlichen Bremsens die hinteren Waggons zu scharf gegen die vorderen Wagen stießen und da diese unbeladen waren, gaben sie den Druck gegen die Lokomotive ungehindert weiter. Dabei brach eine Weichenlasche, wodurch es wahrscheinlich zu der Entgleisung gekommen sein mag. Der Materialschaden beträgt 12 000 Złoty. Nach einigen Stunden konnte der Verkehr wieder in normaler Weise aufgenommen werden. Der bei dem Unglück ums Leben gekommene Bremser Gościński war 35 Jahre alt und hinterläßt Frau und vier unmündige Kinder; er wohnte in Bromberg, Chausseestraße (Grunwaldzka) 85.

v **Argenau** (Gniewkowo), 12. April. In der letzten Nacht wurde der Kohlenschuppen des Kaufmanns P. Graszewicz erbrochen; es wurden mehrere Zentner Schmiedekohlen gestohlen. Den energischen Bemühungen der Polizei gelang es, die Täter zu ermitteln. Ein Teil der Kohlen konnte dem Bestohlenen zurückgegeben werden.

Infolge falscher Feuermeldung wurde gestern unsere Feuerwehr alarmiert. Es stellte sich jedoch heraus, daß in Argenau-Abbau ein Landwirt auf dem Felde Unkraut verbrannte.

ex **Exin** (Kcynia), 14. April. Gestern nacht drang ein Dieb in den Hühnerstall der Witwe Sobecka in Exin ein und entwendete 8 Legehühner. Außerdem nahm der Spitzbube verschiedene Gartengeräte mit. Polizeiliche Ermittlungen sind im Gange.

q **Gnesen** (Gniezno), 15. April. Ein Einbruch verübt wurde in die Wohnung von Andrzej Sekul. Hier ließen die Spitzbuben mehrere Herrenanzüge, drei Pelzmäntel und 300 Złoty in bar mit sich gehen. Sekul hat einen Schaden von 3600 Złoty zu verzeichnen. — In Ostrowite bei dem Landwirt O. Göhring erbrachen unbekannte Diebe die Tür zum Schweinestall und schlachteten zwei Schweine von je zwei Zentnern Gewicht. — In Rudki stiegen Diebe, nachdem sie Dachsteine herausgebrochen hatten, in den Speicher des Besitzers Lykowski ein und stahlen etwa 10 Zentner Getreide.

Der letzte Wochenmarkt war besonders reich beschickt. Das Pfund Butter kostete 1,60—1,80, die Mandel Eier 0,80.

e **Moritzfelde** (Murucin), 15. April. Der kürzlich verübte Einbruch bei dem hiesigen Lehrer und Schulleiter, wobei Sachen im Werte von ca. 1000 Złoty entwendet wurden, ist aufgeklärt worden. Das Dienstmädchen wurde als Mithelferin verhaftet.

i **Nakel**, 12. April. Der Männergesangverein „Concordia-Liedertafel" Nakel hielt am Donnerstag seine diesjährige Frühjahrs-Generalversammlung ab, welche mit einem gemütlichen Eisbeinessen eingeleitet wurde. Der Vorsitzende Carl Jsler begrüßte die zahlreich erschienenen Sangesfreunde und Sänger und auch besonders die Ehrenmitglieder Oskar Bauer und Paul Sturtzel herzlich. Er gab darauf in einer Ansprache einen Überblick auf das vergangene Jahr, das als sehr gut betrachtet werden kann. Besonders erfreulich ist die immer größer werdende Begeisterung der Sänger für das deutsche Lied und die rege und pünktliche Beteiligung an den Übungsstunden. — Darauf wurde dem Kassierer Fritz Werner die Entlastung erteilt. Durch Stimmzettel wurde dann die Wahl des Vorsitzenden durchgeführt, die auch in diesem Jahre auf den Sangesbruder Carl Jsler fiel. Desgleichen fiel auch die Wahl des Schriftführers einstimmig auf Sangesbruder Günther Tschinkel und die des Kassierers auf Sangesbruder Fritz Werner, die alle ihr innegehabtes Amt in musterhafter Weise geführt hatten. Ebenfalls wurden als Notenwarte die Sangesbrüder Hans Bartig und Helmuth Bendix wiedergewählt, denen sich die Sangesbrüder Karl Brzezinski und Helmuth Arndt freiwillig als stellvertretende Notenwarte anboten. Der Vergnügungsausschuß setzte sich aus den Sangesbrüdern R. Oelmann, dem besonderer Dank für seine im Vorjahre geleistete Arbeit gebührt, und H. Bendix, Sarge und A. Manasterny zusammen. Als kommender Pfingstausflug wurde Runowo und Vandsburg in Aussicht genommen. Mit einigen schönen Volksliedern schloß die Versammlung. Der Verein zählt heute drei Ehrenmitglieder, 29 aktive und 31 passive Mitglieder.

S **Samotschin**, 13. April. Bei dem Maurerpolier Zindl in Lipin verschafften sich Diebe Eingang durch das Oberlichtfenster und stahlen Garderobe und Wäsche. — Dem Häusler Geyer in Marjannenhof wurde das Fleisch von zwei Schweinen in der Nacht von unbekannten Dieben weggeholt. G. hatte die Tiere tagszuvor geschlachtet und das Fleisch auf den Boden gehängt. — Dem Maurer Kühn wurde nachts aus der verschlossenen Waschküche ein Fahrrad gestohlen.

Der letzte Vieh- und Pferdemarkt hatte einen starken Auftrieb zu verzeichnen. Das Angebot war jedoch stärker als die Nachfrage, so daß sich der Geschäftsgang nur langsam abwickelte. Gute hochtragende Kühe standen mit 200—300 Złoty, mittlere mit 120—200 Złoty im Preise, während für schlechte Ware wenig Interesse gezeigt wurde. Gute Pferde hielten sich im Preise, fanden aber wenig Abnehmer, während mittlere im Werte von 150—300 Złoty am meisten gefragt waren. Schlachtpferde wurden mit 60—100 Złoty bezahlt.

+ **Schubin**, 13. April. Alle mechanischen Fahrzeuge, die sich im Kreise Schubin befinden, müssen, wie der Starost zur Kenntnis gibt, am 13. und 14. Mai d. J. in Schubin (gegenüber dem Central-Hotel) zur Registrierung gestellt werden.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund"

Hauptgewinne der 32. Polnischen Staatslotterie

III. Klasse (ohne Gewähr).

2. Tag vormittags.

10 000 zł Nr. 18991 123657.
5000 zł Nr. 14401.
2000 zł Nr. 39964 93760 136736 184977.
1000 zł Nr. 47589 64611 73798 100845 136316 151795 164286 166519.
500 zł Nr. 446 11703 50856 61150 75057 90911 91790 93036 101317 105619 112350 128913 152434.

2. Tag nachmittags.

20 000 zł Nr. 14539.
10 000 zł Nr. 36364.
5000 zł Nr. 147161 184309.
2000 zł Nr. 64986 111789 174251.
1000 zł Nr. 111191 134267 136131 138090 145965 160797.
500 zł Nr. 1748 3193 5459 15965 25529 60814 87972 100444 102518 114745 146674 147971 174732 175776 177219.

Kleinere Gewinne, die im obigen Auszug nicht angegeben sind, kann man in der Kollektur „Uśmiech Fortuny" Bydgoszcz, Pomorska 1 oder Toruń, Żeglarska 31, feststellen.



ZAKŁAD UBEZPIECZEŃ WZAJEMNYCH W POZNANIU
ZAKŁAD UBEZPIECZEŃ NA ŻYCIE W POZNANIU

Prawno-publiczne Zakłady Ubezpieczeń mające na celu dobro publiczne, a nie osiąganie zysków.

Zawiadamiamy, że od dnia 1. Kwietnia 1935 r. biura

Delegatury Zakładu Ubezpieczeń Wzajemnych i Zakładu Ubezpieczeń na Życie

mieszczą się

w Bydgoszczy, ul. Gdańska 71

Delegatura

załatwia wszystkie sprawy ubezpieczeniowe mieszkańców miasta Bydgoszczy i wszystkich miejscowości w powiatach BYDGOSZCZ, SZUBIN, WYRZYSK, a od dnia 1. KWIETNIA br. w powiatach INOWROCŁAW i ŻNIN.

Wnioski o ubezpieczenie budynków i mienia ruchomego od ognia, ziemiopłodów od gradobicia oraz wnioski o ubezpieczenie na życie bezpłatnie spisują nadal nasi **inspektorzy** w INOWROCŁAWIU, KORONOWIE, SZUBINIE, NAKLE, WYRZYSKU i ŻNINIE. 3418

Die Verlobung unserer einzigen Tochter **Ruth** mit Herrn Diplomingenieur **Heinz Wrede** geben wir bekannt. 3508

Pfarrer Albert Pahl und Frau Charlotte geb. **Suter.**

Skurz (Skórcz) Pomorze.

Meine Verlobung mit Fräulein **Ruth Pahl** gebe ich bekannt.

Diplomingenieur **Heinz Wrede** Bauleitungsvorstand Deutsche Verkehrsfliegerschule Königsberg.

im April 1935

Königsberg Pr. Kunckelstr. 12.

Selma Haedeke
Otto Herzke
Verlobte.

Chełmża, den 13. April 1935. 1414

Statt Karten

Als Verlobte grüßen

Frieda Lenz
Arthur Schielke

Nowe-Marzy *Krzywka*
14. April 1935 3515

Gerhard

Die glückliche Geburt eines gesunden Stammhalters zeigen hocherfreut an 3517

Paul Tyart und Frau Hildegard geb. **Nickel**

Wielki Lubien, den 13. April 1935.

Die Geburt eines **gesunden Jungen** zeigen in dankbarer Freude an 3518

Max Lockstädt und Frau Meta geb. **Henke.**

Skoraczewo, den 11. April 1925.

Heute mittag 1 Uhr entschlief sanft unser lieber Vater und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm Boettcher

im 81. Lebensjahre. 1416

Dies zeigen tiefbetrübt an

Gustav Boettcher und Frau.

Serock, den 13. April 1935.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 17. April, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme und für die zahlreichen Kranzspenden beim Heimgange meiner lieben Frau, unserer herzensguten Schwester **Helene Schmidt geb. Steinke** sprechen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, sowie der Fleischer-Innung, insbesondere Herrn Pfarrer **Braunschweig** für die überaus trostreichen Worte am Sarge unsern **innigsten Dank** aus. 1418

Vandsburg u. Grünlinde, 15. April 1935.

Adolf Schmidt u. Geschwister Steinke.

Kind (Junge) 3 Monate alt, für **eigen abzugeben.** Gefl. Zuschr. u. **C. 3480** an die Geschäftsstelle.

Poln. Unterricht leichte Methode, w. erteilt **Sienkiewicza 6, m. 3.**

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Ableben meiner lieben Schwester und für die schönen Kranzspenden sage ich allen Beteiligten 1421

vielen Dank.

Albert Büchsler

Bydgoszcz, den 15. April 1935.

Handelskurse (in poln. und deutscher Sprache) **Unterricht** in **Buchführ., Stenographie, Maschinenschreiben,** Privat- u. Einzelunterricht. Eintritt täglich!

G. Vorreau, Bücherrevisor, Bydgoszcz, 3062 Marszałka Focha 10.

Eiserne **Bettstellen** und **Matratzen** empfiehlt 1465

F. Kreski ul. Gdańska 9.

Gesichtsmassage, Entfettungs- und Hormonkuren, Physikal. Therapie „Cedib", Słowackiego 1. 1806

Geldmarkt

8000 Złoty **Anleihe** gegen gute Sicherstellung gesucht. Kann in **Deutschland** auszahlbar sein. Off. u. **S 1410** a. d. G. d. Ztg.

Heirat

Gutsbesitzertochter evgl., 27 J., dunkelbld., mittelgr., m. gr. Barvermögen, **wünscht** gebildeten Lebenskameraden, nicht unt. 30 J. kennen z. lernen. Gutsbesitzer von 300 Morg aufwärts, (gut. Boden Bedingung) erwünscht. Zuschriften, möglichst mit Bild, welches auf Wunsch zurückgesandt wird, unter **A. 3463** an die Gst. d. Ztg. erb.

Für geb. Landw. vermög., w. deutsch-kath. **Dame** bis 32 Jahren **gesucht.** Einheirat in Wirtsch. von 250 Morgen aufwärts mit geordneten Familienverhältnissen angenehm. Gefl. Zuschriften unt. **J. 3499** an die Gschst. d. Ztg.

Offene Stellen

Zum 1. Juli evgl. jung. **Beamter** gesucht. Bedingung poln. Sprache u. mindestens 4 Jahre Praxis. **Oehlrich, Mała Turza,** poczta Płośnica, pow. Działdowo. 3514

Suche zum 1. Juli einen verh. u. einen ledigen **Brennerei-verwalter** Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an 3498 **M. Jouanne, Klenka** p. **Nowemiasto n/W.,** pow. Jarocin.

Intelligentes Kinderfräulein

ungefähr 25 Jahre alt, für 8jährigen Jungen und Haushalthilfe per sofort nach Gdynia **gesucht.** Bedingung polnische Staatsbürgerin mit deutschen Sprachkenntnissen. Offerten mit Gehaltsangabe, Zeugnisabschriften u. Photographie unter **L. 3513** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Soeben wurden von mir herausgegeben:

Neue Bücher und Noten. April 1935.

Anzeiger für Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Notenmarkt mit kurzen, literarischen Notizen und in Złoty-Preisen

Zusammengestellt von **Dr. Horst Kriedte.**

Das Verzeichnis wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Arnold Kriedte
Grudziądz, Mickiewicza 10. 3511

Zu dem bevorstehenden 3399

Oster-Fest

empfehle ich mein **Spezialgeschäft** verschiedener erstklassiger

Essig-Sorten, Speise-Oele und prima Mostrich.

Für **Hotels u. Restaurationen ermäßigte Preise**

Jan Stellmach
Magdzińskiego 1 (früh. Kościelna), Tel. 1082

Zum 1. Mai für einen kleinen besseren Haushalt in Bromberg ein älteres, häusliches, ev. **Mädchen gesucht,** das mit allen Arbeiten ein. solchen Haushalts vertraut ist, kochen, glanzplätt. u. Maschine nähen kann. Bewerb. mit Zeugnisabschrift., Lohnansprüchen u. Bild unter **M. 3516** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Suche von sofort oder später besseres **Alleinmädchen** mit Koch- u. Nähkenntn. Persönl. Vorstellung bevorzugt. **B. Meyer, Dom. Rządz,** poczta Rudnik, pow. Grudziądz. 3473

Suche zum 1. Mai bess. **Stubenmädchen** mit guten Zeugnissen für ruhigen Landhaushalt. Zimmeraufräumen, Wäschebehandlg., Nähen und Servieren. Polnisch Bedingung. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung an 3477 **Frau Rittergutsbesitzer Wienecke, Uścikowo** b. Podobowice, Kreis Znin.

Fleißiges, sauberes **Mädchen** f. Hausarb. sof. gesucht. Offerten unter **T. 1415** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Stellengesuche

Suche ab 1. Mai 1935 od. später Stellung als landwirtsch. **Beamter** direkt unt. Leitung des Chefs. 30 Jahre alt, 9 Jahre Praxis. Gute Zeugnisse verhanden. Auskunft erteilt Herr Baron v. Rheinbaben, Jankowo. Angeb. erb. **Erich Obst, Jankowo,** p. Pakość, p. Mogilno. 3479

Landwirtssohn, der die landwirtschaftl. Schule besucht hat und 1 Jahr als **Eleve** auf großem Gute tätig war, **sucht** vom **1. 5. 35 Stellung z. weiteren Ausbildung,** mögl. unterm Herrn. Offerten unter **F. 3483** a. d. Geschäftsstelle der Deutsch. Rundsch. erb.

Suche Stellung als **Chauffeur** führe sämtliche Autoreparaturen aus. Bescheidene Ansprüche. Gefl. Angeb. u. **G. 3484** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche für d. neue **Schuljahr** evtl. auch früher **Stelle als Hauslehrerin** zu Kindern v. 7—11 J. Zuschrift. unt. **N. 3522** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Besseres, zuverlässig. **Mädchen** 5½ Jahre i. Fleischereibetriebe tätig, wirtsch. erf., **sucht** Vertrauensstellung. Frdl. Angeb. unter **W. 3461** gn die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Aeltere Frau übernimmt **Gräberpflege** Offerten unter **H. 3490** an die Geschst. d. Ztg.

An- u. Verkäufe

Privatgrundstück 170 M. b. Bydg., Mittelbod., Wies., Wald, Inv., Anzahl. 24000, **zu verkf.** Offerten unter **F. 1359** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

---

2 Hausgrundstücke komf. mit Garten, gut verzinsb., weg. Todesfall billig zu verkaufen. Offerten unt. **M. 1388** an die Geschst. d. Ztg.

Privat-Grundstück 10 Mrg., gute Gebäude, sofort **zu verkaufen.** 1420 **R. Enkisch, Dobromierz,** p. Nowawieś Wielka, pow. Bydgoszcz.

Verkaufe 3-stöck., **mass. Mühle** in sehr guter Gegend, nächste Mühle 7 km entfernt, **1 neuen Benz-Motor,** 20 Pferdekräfte, **1 Schrotsatz** und **2 neue Koksöfen.** **T. Delbowski, Topolno,** pow. Swiecie. 1389

Sehr günstig gelegenes, schuldenfreies **Stück Land** 6 Morgen = 15000 qm an der Fordonerstraße, 8 Min. v. Endstation der Elektr., ist zu verkaufen. Ein behördlich genehm. Aufteilungsprojekt in Bauparzellen liegt bereits vor. Zu erfragen: **Bydgoszcz,** Konarskiego 11, Nr. 4.

Wallach 3475 **braun,** 4jähr., edles Halbblut, 1,72 Stckm., geeignet als Reit- und Wagenpferd, verkauft. **Albert Schröder, Niem. Stwolno,** poczt. Sartowice, p. Swiecie. Tel.-Nr. Sartowice 8.

Pianinos 1417 Wolkenhauer u. Ecke, wie neu, **Pomorska 27/6.**

Runder Tisch evtl. ausziehbar, zu kaufen gesucht. Offert. m. Preisang. u. **J. 1163** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Elektromotor 1½-2 PS., Drehstrom, Schleifring, kauft 3504 **R. Preuß, Toruń,** Łazienna 3.

Saatkartoffeln Parnassia, verkauft 1413 **Schauer, Womyslowo.** Tel. Koronowo 21.

Apfelsinen und **Zitronen** empfiehlt **B. Pinkowski** Lager: **ul. Pod Blankami 57** Telefon 1854. 141

Mottenschutzbeutel wieder lieferbar Stück 1.00 zł.

A. Dittmann T. z o. p.
Tel. 61. Bydgoszcz, Marsz. Focha 6

Früh-Kartoffeln handverlesene Saatware 3397

1. **Kaiserkrone** (Ende Juli)
2. **Rosafolia** (ca. 1. August)
3. **Dir. Johannsen** (Mitte August)
4. **Odenwälder Blaue** (Mitte August)

abzugeben auch in kleineren Mengen

Wiechmann, Dom. Radzyn, pow. Grudziądz.

Dom. Rynkówka, p. Twarda-Góra (Pom). verkauft **Saatkartoffeln** handverlesen: **100 Ztr. Industrie, 300 Ztr. Preußen, 400 Erdgold, 400 Rosafolia.** Sämtl. krebsfest.

Speisekartoffeln: 500 Zentner 3368 **Erdgold, 300 Gisewius, 200 Preußen.**

Motorräder zu verkaufen Harley Davidson mit Beiwagen 1000 ccm; Schuttof 300 ccm; Jamis 175 ccm; 2 elektr. **Motore** 9 und 11 PS. **W. Knossalla, Grodzka 24** 1399

Motorrad B. S. A. 500 ccm, gut durchrepariert, für 1200 zł zu verkaufen. 3464 **H. Busch, Wąbrzeźno,** Piłsudskiego 5.

---

1 Selbstfahrer
1 Karriol
1 Motorrad mit **Beiwag.** (Harley Davidson) z. verk. **Bydgoszcz, Kwiatowa 5.** 1377

Kühlmaschine 5000 Kal. Std.-Leistung mit Rohrleitung u. Kühlkörpern **Automatische Schrankkühlanlage** f. Schrank 1 cbm Inh. **Milchpasteur** 500 Ltr. Std.-Leistg., alles gebr., aber in betriebsfäh. Zustand geg. Kasse **bill. z. verk.** **Polster, Danzig, Heil.-Geist-Gasse 57,** Tel. 27108 3519

Silber-Tannen
Blau-Fichten
Weiß-Fichten 3394
Gewöhnliche Fichten
Balsam-Tannen

schöne buschige Ware 40—80 cm hoch, mit festem Wurzelballen, a. mein. Baumschule abgebbar. Empfehle mögl. Selbstabholung, da Bahntransport z. teuer **Wiechmann, Dom. Radzyn, p. Grudz.**

Wohnungen

Sonnige **5–6-Zimm.-Wohn.** am Markt gelegen, von sofort zu vermieten. Offerten unter **J. 1163** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche per sofort **4–5-Z.-Wohnung** Park., Zentralheizung, part. od. 1. Etg., eventl. kaufe Villa, 5—7 Zimm., Komf., i. Zentr., geg. bar. Offerten unter **U. 1419** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

3–4-Zimm.-Wohn. von **jungem Ehepaar, Bankbeamter,** p. 1. Mai **1935 in ruhigem Hause gesucht.** Gefl. Offert. mit Preisangabe unt. **B. 3060** an d. Gst. d. Ztg.

Drei Zimmer mit Bad, 3. Etg., **ein Laden mit 1 Zimmer** per sofort zu vermieten. Anfragen **Garbary 24,** Büro. 3521

Nur für Damen 1–2 leere Zimm. mit Kochgelegenh. vom Wirt zu vermiet. **Sw. Trójcy 14.** W. 6 (Berlinerstraße). 3493

Laden mit Wohnung von sof. zu vermieten. 3166 **Dworcowa 57.**

Pachtungen

Kleines Grundstück, 6 Mrg. Land, Kirche u. Schule am Ort, zu **verpachten.** 1397 **Strehlau, Łochowo,** pow. Bydgoszcz.

Pommerellen.

15. April.

Graudenz (Grudziądz)

Andere Mitgliedslegitimationen

wird die Sozialversicherung (frühere Krankenkasse) in nächster Zeit ausgeben und damit die bisherigen einstweiligen Legitimationen in dauernd gültige umwechseln. Die neue Einrichtung soll den Versicherten in bezug auf die Inanspruchnahme des Hausarztsystems erheblich günstigere Bedingungen schaffen und mancherlei administrativ-bureaukratische Schwierigkeiten beseitigen. Die Legitimationen werden die Form eines Büchleins haben und werden unentgeltlich verteilt. Allerdings müssen sich die Versicherten beizeiten mit Photographien sowohl der eigenen Person wie der berechtigten Familienmitglieder, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, versehen, und zwar in einem Exemplar für jede Person und nach Möglichkeit im Format von 4½×6 Zentimetern.

Die einzelnen Vorschriften über die Benutzung der Legitimation sind auf den beiden letzten Seiten des Büchleins enthalten. Den Arbeitgebern wird im Interesse ihrer Beschäftigten wie auch zu ihrem eigenen Nutzen anempfohlen, sich mit dem Inhalt des § 6 dieser Bestimmungen vertraut zu machen. *

× **Ermäßigung des Zinsfußes für Handwerkerkredite.** Die Landeswirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego) hat, wie die Handwerkskammer in Graudenz mitteilt, infolge von Bemühungen des Verbandes der Handwerkskammern den Zinsfuß für Handwerkern erteilte Kredite herabgesetzt. Gemäß einem Schreiben der genannten Bank beträgt der jährliche Zinssatz gegenwärtig 5 Prozent. Dazu kommen, abhängig von der Ortschaft, 1½—2 Prozent für die lokale Bank, die die Krediterteilung durchführt. *

× **Schon aus der Welt geschafft** ist der sonderbare „Streik der hiesigen Arbeitslosen". Sie haben, der besseren Einsicht folgend und der städtischerseits gezeigten Entschiedenheit sich beugend, inzwischen ihren gegen die ununterbrochene Arbeitsdauer gerichteten Widerstand aufgegeben und sind wieder zu ihrer Beschäftigung erschienen. *

× **In Sowjetrußland gefällts ihnen nicht.** Zwei Bürger des „Sowjetparadieses", Kiryl Rapczyniuk und Awran Natwiejczuk, haben am 6. März d. J., nachdem sie aus Polen ausgewiesen worden waren, unberechtigt wieder die polnische Grenze überschritten und sind auf das Gebiet der Wojewodschaft Pommerellen gelangt. In Graudenz, wo man sie ertappte, wurden sie dem Burggericht zugeführt, das sie zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilte, ihnen dabei die Untersuchungshaft vom 18. März d. J. ab anrechnend. *

× **Sie mußten ihre Beute lassen.** Im Flur des Hauses Kl. Mühlenstraße (M. Młyńska) traf der Nachtwächter Jankowski zwei Personen mit Bündeln. Als J., dem die Sache verdächtig vorkam, den Inhalt feststellen wollte, warfen die beiden ihre Last hin und verschwanden. Die Beutel enthielten 14 geschlachtete Hühner. Deren Besitzer kann sich auf dem 1. Polizeikommissariat melden. *

t **Der Sonnabend-Wochenmarkt,** dessen Beschickung und Verkehr gut war, litt aber sehr durch den niedergehenden Regen. Die Butter kostete 1.30—1,50 und wurde später recht knapp. Eier kosteten 0,75—0,90, Weißkäse 0.10—0,60, Äpfel 0.50—0,70. Apfelsinen 0,20—0,45 das Stück, Zitronen 0,10 und drei Stück 0,25, getrocknete Pflaumen 0.70—0.90, Salat das Köpfchen 0,10—0,15, Radieschen zwei Bündchen 0.25, Rhabarber 0,20—0,25, Spinat 1,00, Rotkohl 0,15—0,20, Mohrrüben 0,10. Rote Rüben und Zwiebeln 0,10, Kartoffeln 2—2,50; Suppenhühner 2,30—3.50. Tauben Paar 1,00, Puten 5—7,00. An Fischen gab es Aale zu 1,50—1.60, Zander 1,30—1,50, Schleie 1—1.20, Hechte 0,80—1,00, Barsche 0,50—0,80, Bressen 0,40—0,80, Plötze 0,30—0,40, Wels 1,00, frische Flundern 0,25—0,40, Heringe vier Pfund 1,00, Sprotten 0,25—0,30. An den Gärtnerständen kaufte man Pelargonien zu 0,50—0,60, Hortensien 0,80—1,00, Osterlilien 0.80 und mehr, Sträußchen von Levkojen 0,20, Lack 0,20, Osterruten, Palmkätzchen, Tannengrün und die ersten Veilchen 0,05 und 0,10. Sonst waren noch Blechwaren, Spitzen, Schokoladenartikel (Ostereier und Hasen), Schuhwaren usw. auf dem Markt vertreten. Auch diese Artikel fanden ihre Käufer. *

Thorn (Toruń)

Autobuskatastrophe bei Thorn.

Wie wir bereits kurz meldeten, ereignete sich auf der Chaussee Thorn—Scharnau (Czarnowo) in der Nähe der Ortschaft Wiesenburg (Przysiek) eine Autobuskatastrophe, die leicht schlimmere Folgen hätte nach sich ziehen können. — Wie wir hierzu erfahren, befand sich der mit vier Passagieren besetzte Autobus des Fuhrunternehmers Stefan Niewitecki aus Fordon gegen 8 Uhr früh auf der Fahrt von Thorn nach Fordon. Bei Wiesenburg bemerkte der Chauffeur plötzlich ein aus der entgegengesetzten Richtung kommendes, mitten auf der Chaussee fahrendes Fuhrwerk, dessen Pferd beim Anblick des mechanischen Gefährts scheute. Als der Chauffeur, um einen Zusammenstoß mit dem Pferdegespann zu vermeiden, das Steuer kräftig zur Seite riß, verlor er die Gewalt über den Wagen und fuhr mit voller Geschwindigkeit gegen eine am Wegrand stehende dicke Birke. Der Anprall war so heftig, daß der Vorderteil des Autos um fast 45 Grad sich aufbäumte. Durch die herumfliegenden Glassplitter erlitt einer der Passagiere, der 43jährige Włodzimierz Hozakowski aus Posen, ul. Spokojna 29, eine ziemlich ernste Verletzung am Kopf. Die übrigen Passagiere dagegen sowie der Chauffeur kamen mit dem bloßen Schrecken davon. Nach Anlegung eines Notverbandes trat der Verletzte mit einem von Bromberg kommenden Auto die Rückfahrt nach Thorn an. Unterwegs stieg er in das speziell aus Thorn beorderte Krankenauto der Rettungsbereitschaft um, das den Verletzten in das Stadtkrankenhaus einlieferte. Nach Anlegung eines Verbandes durch den diensthabenden Arzt konnte H. sich allein in seine Thorner Wohnung begeben. — Der Chauffeur fuhr sofort nach der Katastrophe mit den übrigen Passagieren nach Fordon, wo er in den Nachmittagsstunden einem polizeilichem Verhör unterzogen wurde. * *

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug Sonnabend früh am Thorner Pegel unverändert 3,31 Meter über Normal. — Eingetroffen ist nur Schlepper „Bawarja", der drei leere Kähne aus Danzig brachte. Schlepper „Nadzieja" startete nach Graudenz, Schlepper „Delfin" mit drei beladenen Kähnen nach Danzig. Auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau bezw. Danzig passierten die Personen- und Güterdampfer „Warneńczyk" bezw. „Saturn" und „Mars" sowie Schlepper „Kordecki" mit drei beladenen Kähnen. Auf der Fahrt von Danzig bezw. Dirschau nach Warschau machten hier Aufenthalt die Passagier- und Güterdampfer „Reduta Ordona" bezw. „Goniec". * *

* **Ministerbesuch.** Von Bromberg kommend traf der Minister für Landwirtschaft und Agrarreform Poniatowski in Thorn ein. * *

Die Besserwisser.

Tadeln können zwar die Toren,
Aber klüger handeln nicht.

Langbein (1757—1855)

‡ **Der Ruder-Verein „Thorn"** hielt am Donnerstag im „Deutschen Heim" seine gut besuchte Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Ernst Laengner, eröffnete die Versammlung und gedachte der im vergangenen Jahre verstorbenen Ruderkameraden. Dann erstattete er den Jahresbericht und brachte seine Freude zum Ausdruck, daß das Jahr 1934 eine sehr starke ruderische Betätigung sowohl auf dem Gebiet des Wander- als auch des Rennruderns gebracht hat, obwohl im Juli der Ruderbetrieb zeitweise eingestellt werden mußte, da die Bootshäuser durch die Stadtverwaltung von dem alten Liegeplatz, den der Verein über 40 Jahre innehatte, entfernt wurden. Der Ruderbetrieb drückt sich in nachstehenden Zahlen aus, die wir dem Bericht der Fahrwarte entnehmen: In 704 Fahrten ruderten 36 aktive Mitglieder 24 233 Kilometer d. h. durchschnittlich 673 Kilometer pro aktiven Ruderer. Insgesamt wurden 13 Wanderfahrten über 100 Kilometer veranstaltet. Den Verbands-Kilometerpreis erhielt Kamerad Hans Grützmacher mit 2589 Kilometern. Bei der Städte-Regatta konnte der R. V. T. den Rennvierer- und Gigdoppelzweier gewinnen. Eine erfreuliche Vergrößerung erfuhr der Verein durch die Aufnahme von 26 neuen Mitgliedern. — Nach den Berichten der Boots-, Fahr- und Kassenwarte wurde Entlastung erteilt und der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. * *

‡ **Der Gerichtsbehörde übergeben** wurde eine auf dem Eisenbahn ohne Fahrkarte angetroffene Person. Wegen Kuppelei und unter Diebstahlsverdacht wurden zwei Personen in Polizeiarrest genommen. Drei andere wurden wegen Trunkenheit zur Wache gebracht. — Angemeldet wurden vier Kleindiebstähle, von denen vorerst einer aufgeklärt werden konnte, dann vier Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und eine Schlägerei. * *

p **Neustadt** (Wejherowo), 13. April. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Eier 0,70—0,80, Butter 1,00—1,30, Kartoffeln 1,80—2,00.

Dem Landwirt Nadolski in Grünberg (Częstkowo) wurden dieser Tage 20 Hühner aus dem Stall gestohlen. Auf dem nächsten Wochenmarkt haben nun Angehörige nach den Hühnern Umschau gehalten. Ein Mann, der Geflügel zum Kauf anbot, ließ den Korb mit den Hühnern stehen, als er die Angehörigen des Nadolski auf sich zukommen sah. Die Bestohlenen fanden aber nur noch vier der Hühner vor.

Auf dem hiesigen Standesamt wurden sieben Geburten (sechs männliche und eine weiblichen Geschlechts) sowie ein Todesfall gemeldet.

x **Zempelburg** (Sępólno), 15. April. Einen interessanten Fund machte kürzlich der 15 Jahre alte Sohn eines hiesigen Kaufmanns. Als er in der Nähe der Flußwiesen — am sogenannten Poetensteig — sich Gras für seine Kaninchen pflückte, fand er in einem Wiesengraben einen etwas abgenutzten und seinem durchnäßten Äußeren nach dort mehrere Tage lagernden Handkoffer. Nachdem er seinen Fund auf dem hiesigen Polizeibureau abgeliefert hatte, öffnete man ihn dort und fand darin drei Frauenkleider und einen Mantel, die aus einem unlängst im „Hotel zum Adler" begangenen und der Polizei bereits gemeldeten Diebstahl herrührten, und deren Eigentümerin ein dort angestelltes Küchenmädchen war. Nach dem Täter sind die polizeilichen Nachforschungen im Gange.

Nach einer bereits in vergangener Woche einsetzenden leichten Erwärmung zog am Mittwoch nachmittag das erste, mit kurzen Regenschauern verbundene Frühlingsgewitter in diesem Jahre über unsere Stadt.

Am Dienstag, dem 23. d. M., findet hier ein Jahrmarkt statt.

Vor einigen Tagen fand im Nachbarort Kamin im Hotel Majewski ein Lichtbildervortrag statt, in welchem Bilder aus den Oberammergauer Passionsspielen vorgeführt wurden. Zu den mit großem Interesse von den Besuchern aufgenommenen Vorführungen gab Herr Knabe-Konitz eine eingehende und ausgiebige Erklärung.

x **Zempelburg** (Sępólno), 13. April. In einer der letzten Nächte drangen unbekannte Diebe in die verschlossene Scheune des Landwirts W. Orlikowski in Salesche hiesigen Kreises und stahlen 40 Zentner Roggen im Werte von 300 Złoty. Die polizeilichen Nachforschungen nach den Tätern sind im Gange.

Auf dem letzten Wochenmarkt kosteten das Pfund Butter 1,00—1,20, die Mandel Eier 0,65—0,70, Kopfsalat 0,10, Molkereibutter 1,40, Hechte, Schleie 0,80 das Pfund. Auf dem Schweinemarkt forderte man für Absatzferkel 18—20 Złoty pro Paar.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Gebäudesteuer 1935." Die Grundlage für die Festsetzung der Gebäudesteuer bildet bei Häusern, die dem Mieterschutzgesetz unterliegen, die im Mieterschutzgesetz festgesetzte reine Miete, oder, wenn diese Häuser im Juni 1914 nicht vermietet waren deren Mietswert. Bei Häusern, die dem Mieterschutzgesetz nicht unterliegen, bildet die Steuergrundlage die volle Vertragsmiete, resp. wenn diese Häuser nicht vermietet sind, der Mietswert. Wenn diese Steuergrundlage aus irgend einem Grunde nicht festgestellt werden kann, so wird der Mietswert berechnet mit 5 Prozent des landläufigen Wertes eines solchen Hauses. Der landläufige Wert wird festgestellt auf Grund des für solche oder ähnliche Häuser in derselben Ortschaft gezahlten Preises — eventuell mit Hilfe von Sachverständigen. In Ihrem Falle dürfte die sog. Grundmiete, d. h. die Miete vom Juni 1914, für die Gebäudesteuer maßgebend sein. Nur wenn das Haus oder Teile davon zu dem Zeitpunkt leer gestanden haben, ist Abschätzung am Platze.

W. L. in B. Der 15prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer wird zwar zu der Einkommensteuer nicht erhoben, die der Krisensteuer unterliegt, dagegen wird durch ein besonderes Gesetz vom 26. März dieses Jahres (Dz. Ust. Nr. 22, Poz. 128) dieser Krisenzuschlag, soweit er auf den Teil II des Einkommensteuergesetzes (Dienstgehältern, Pensionen, Entlohnungen) bezug hat, nicht unerheblich erhöht, und manchmal verdoppelt. Schon bei einem Einkommen über 3600 Złoty beträgt der Zuschlag 1 Prozent (bisher 0,5 Prozent), und bei einem Einkommen von über 6400 Złoty beträgt er 2 Prozent (bisher 1 Prozent), bei Einkommen über 10 400 Złoty 3 Prozent (bisher 2 Prozent), bei Einkommen über 24 000 Złoty 4 Prozent (bisher 2 Proz.) usw., bis 13 Prozent. Die Sätze des Krisenzuschlags bei der Einkommensteuer nach Teil I des Gesetzes, wo die Steuerpflicht mit 1500 Złoty Einkommen beginnt, bleiben von der Neuerung unberührt.

A. Z. Der 15prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer wird nicht erhoben bei der Einkommensteuer, die dem Krisenzuschlag unterliegt. Dagegen wird dieser Zuschlag erhoben bei der Tantiemesteuer, die gemäß Art. 25 des Einkommensteuergesetzes neben der Einkommensteuer erhoben wird.

Nowemiasto n/Dr. Sie brauchen nichts weiter zu haben als einen vom Starosten ausgestellten Personalausweis. Auf Grund des letzteren melden Sie sich an, und wenn Sie eine Unterkunft haben und niemandem zur Last fallen, wird Sie niemand behelligen.

Johann O. in B. Wenden Sie sich an eine Buchhandlung; dort wird man Ihnen jede gewünschte Auskunft erteilen.

Eröffnung der deutschen Frühjahrsblumenschau Berlin 1935.

Die deutsche Frühjahrsblumenschau Berlin 1935 wurde am Sonntag mittag in der Ausstellungshalle I am Kaiserdamm durch Reichsminister Darré eröffnet. Die einzigartige Schau soll den deutschen Menschen Mittler sein zu dem unerschöpflichen Reichtum und Lebenswillen, der in der Pflanze und in ihrem Lebensraum überzeugend zum Ausdruck kommt. Die Eröffnungsfeier fand in Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Ehrengäste statt. So sah man viele Mitglieder des diplomatischen Korps. Unter den deutschen Ehrengästen sah man Reichsminister Kerrl, den Reichsführer der SS Himmler, die Staatssekretäre Dr. Stuckart vom Reichsinnenministerium und Backe vom Reichsernährungsministerium, den Staatskommissar Dr. Lippert, Oberbürgermeister Dr. Sahm und den Reichskommissar der Freiwilligen Krankenpflege, Gruppenführer Herzog von Koburg. Der Veranstaltung wohnte ferner u. a. auch der Präsident des Danziger Senats Greiser bei.

Nachdem die Ouvertüre zur Oper „Oberon" verklungen war, nahm Stadtrat Pfeil, der Dezernent der Reichshauptstadt für Gartenbau, das Wort zur Begrüßungsansprache. Er wies auf die enge Verbindung des Menschen zur Natur hin und auf die Bemühungen, gerade den Großstädtern recht viel Möglichkeiten zur Freude und Erholung an den lieblichsten Geschöpfen, den Blumen, zu verschaffen. Diesem Bemühen diene auch die Reichshauptstadt mit ganzem Wollen und ganzer Hingabe. Als besonderen Wunsch der Stadt Berlin für diese Ausstellung bezeichnete es der Redner, daß die schönen Beispiele gärtnerischer Blumenkunst eine besondere Anregung und Förderung sein müßten für die Bestrebungen, die Arbeitsstätten für die großstädtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten zu verschönen, wie es sich das Amt für Schönheit der Arbeit in der Deutschen Arbeitsfront als besondere Aufgabe und Ziel gesteckt hat. Werde dieser Zweck neben der anderen Aufgabe dieser Ausstellung, der Förderung des deutschen Erwerbsgartenbaues, erreicht, so werde damit der Erfolg der Ausstellung gesichert sein.

Es folgte die Eröffnungsansprache des Reichsministers und Reichsbauernführers R. Walter Darré. Der Minister bezeichnete es einleitend als einen glücklichen Gedanken der deutschen Gesellschaft für Gartenkultur und des Berliner Ausstellungs- und Messeamtes, mit der großen Ausstellung vom „Wunder des Lebens" eine Frühjahrsblumenschau zu verbinden. Es bestehe aller Anlaß, in Stadt und Land das gartenkulturliche Leben als ein wertvolles Teilstück unserer deutschen Kultur überhaupt zu pflegen. In glücklichster Weise könne der Gartenbau Bindeglied zwischen Stadt und Land sein. Die Grundlage nationalsozialistischer Bauernpolitik sei das Streben, den Blutquell unseres Volkes rein und gesund zu erhalten. Das Versickern dieses Blutstromes in den Städten nach Möglichkeit aufzuhalten, könne nur geschehen, wenn in den Städten gesündere Lebensverhältnisse geschaffen würden. Zur Durchführung aller dieser Ziele und Aufgaben sei ein starker Gartenbau unentbehrlich. So sei es selbstverständlich gewesen, den Gartenbau in den Reichsnährstand hineinzunehmen. Im Rahmen der Erwerbszweige nehme der Gartenbau eine besondere Stelle ein. Besonders wertvoll mache ihn die Tatsache, daß die Arbeitsintensität fast ausschließlich auf menschliche Arbeitskraft beruhe. Der Gartenbau könne schon auf kleinsten Flächen Familien erhalten und dazu noch fremden Arbeitskräften Lohn und Brot geben. Wenn man sich entschlossen habe, auch dem Gartenbau im Hinblick auf die Bedeutung seiner Aufgaben und auf seine besonders starke Abhängigkeit vom Marktgeschehen die Möglichkeiten zur Marktordnung zu geben, so werde erwartet, daß diese Marktordnung eindeutig unter dem Gesichtspunkt der Bedarfsdeckungswirtschaft erfolge. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen begrüßte es Reichsminister Darré besonders, daß die Deutsche Gesellschaft für Gartenkultur nun auch in gemeinsamer Arbeit mit der Deutschen Arbeitsfront durch deren Amt für Schönheit am Arbeitsplatz dem deutschen Gartenbau ein besonders dankbar zu empfindendes Arbeitsfeld zu erschließen beginne, dessen Bedeutung für die geistige Einstellung unserer werktätigen Volksgenossen noch nicht zu übersehen sei.

Das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied bildeten den Ausklang der Feier. Nach einem Rundgang unter sachkundiger Führung öffneten sich die Pforten der Ausstellung für das Publikum.

Das Deutschtum in Polen

nach Verteilung auf Stadt und Land.

Wenn man die Verteilung des Deutschtums in Polen darstellen will, so ist es nicht möglich, sie in allen Teilgebieten des Polnischen Staates auf einen Nenner zu bringen. Im allgemeinen jedoch überwiegt die bäuerliche Bevölkerung die städtische bei weitem. In dieser Hinsicht gleicht sich das Deutschtum der Verteilung der polnischen Bevölkerung an, die zu ¾ auf dem Lande wohnt. Nach der Volkszählung von 1921 sind 73,2 Prozent der deutschen Bevölkerung Polens Bauern, 26,8 Prozent leben in Städten. Die Deutschen in Polen sind also vielmehr bäuerlich als die Deutschen im Mutterlande. Im einzelnen aber zeigen sie, wie bereits erwähnt, in den Teilgebieten eine völlig verschiedene Struktur.

In Oberschlesien ist das Deutschtum überwiegend städtisch. Hier sind die großen Städte Kattowitz, Königshütte und die Arbeitersiedlungen des Industriegebietes, die ihrem Charakter nach durchaus als städtisch angesprochen werden müssen. In den Westgebieten Polens siedelt seit der mittelalterlichen Kolonisation ein städtisches Deutschtum, das durch die Einwanderungen des 16. und 18. Jahrhunderts und durch die Kolonisation der preußischen Zeit eine wesentliche Verstärkung erhielt. 1910 stellten die Deutschen etwas mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung. Von 1 100 372 Deutschen lebten 493 720 oder fast 45 Prozent in den Städten. Dieses Verhältnis wurde durch den politischen Umschwung nach dem Kriege vollkommen verschoben. Durch die Auswanderung wurden die deutschen Städter in viel stärkerem Maße betroffen als die Landbevölkerung. Etwa ¾ der Stadtbevölkerung wanderte aus, während von den Bauern nur die Hälfte das Land verließen. Die entstehenden Lücken füllen die Polen aus. Auf diese Weise betrug der deutsche Anteil an der Stadtbevölkerung 1921 nur mehr 14,4 Prozent und unter den 503 617 Deutschen waren nur 25,6 Prozent Städter. Seitdem ist das Deutschtum weiter zusammengeschmolzen auf Prozent.

Das Deutschtum Kongreßpolens hat ein weit stärkeres bäuerliches Gepräge: eine Ursache dieser Erscheinung liegt in der Geschichte und der räumlichen Verteilung des deutschen Bürgertums in Kongreßpolen begründet, das aus zwei innerlich verschiedenen Gruppen besteht. Die eine Gruppe bilden die Tuchmacherstädte, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Einwanderern aus dem schlesischen Raum begründet wurden. Die zweite Art städtischen Deutschtums in Kongreßpolen bilden die Einsiedlungen aus den bäuerlichen Kolonien in die alten Städte des Landes. Das wichtigste Beispiel dafür ist Warschau, wo freilich mit den Zuwanderern sich auch ältere deutsche Siedlerschichten verschmolzen. Die evangelische Gemeinde in Warschau ist mit 18 000 Seelen nach Lodz die größte Polens. Warschau ist aber zugleich auch ein Musterbeispiel dafür, wie schnell die deutschen Einsiedlungen ihrem Volkstum entfremdet werden. Schon aus diesem Grunde besitzen sie weniger Eignung, dem deutschen Dorf städtische Kulturwerte zu übermitteln.

Zwei Drittel des Deutschtums in Kongreßpolen und ⅓ dessen in Galizien sind bäuerlich. Noch stärker ist das in Wolhynien der Fall, wo die Deutschen nur 4,6 v. H. Städter aufweisen und damit sogar noch weniger Städter als die Ukrainer haben.

Volkstumsnot in Südtirol.

Neue Verwelschungsmaßnahmen.

Der neue Meraner Präfekturkommissär Bettarini ließ in der Laubengasse alle Anschriften und Firmenbezeichnungen beseitigen; denn auf ihnen waren noch — deutsche Vornamen zu lesen, und kein deutscher Name darf daran erinnern, daß die Südtiroler deutschen Stammes sind. Wer eine neue Inschrift will, erhält die Erlaubnis nur, wenn er seinen Namen völlig italienisiert, und wer auf seinen guten alten Namen besteht, ist von der Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz durch Entziehung der Handelserlaubnis bedroht. Den Kindern in der Schule aber wird der für sie bestimmte italienische Name schon im voraus mitgeteilt, und sie erhalten für ihre Eltern vorgedruckte Gesuchsformulare ausgehändigt und dazu die mündliche Drohung, daß wer das Formular nicht unterschrieben mitbringe, kein Zeugnis erhalte.

Selbst die Toten unterliegen noch der künstlichen Verwelschung. Der Italienisierung der Grabsteine hatte sich die Bevölkerung bisher dadurch entzogen, daß sie die Vornamen nur mit dem Anfangsbuchstaben bezeichnete und mit einem davor gesetzten Kreuz oder Stern Geburts- und Todesdatum kennzeichnete. In Zukunft ist nur italienische Beschriftung erlaubt, sonst wird die Aufstellung eines Grabsteins verboten. In welch ungeheuerlicher Form schon die Seelen der Kleinsten der Kleinen vergiftet werden, zeigte sich in der Äußerung einer italienischen Lehrerin während des Schulunterrichts in einer Ortschaft bei Meran: „Nur die Kinder mit schwarzen Haaren und schwarzen Augen sind brav. Kinder mit blonden Haaren und blauen Augen sind böse." Und daß die Konfinierungskommission, in Fortsetzung ihres jedem Recht und Gesetz hohnsprechenden Geheimverfahrens den Freiherrn von Sternbach zu zwei Jahren Zwangsverschickung verurteilte, weil ihn — die Deutsche Akademie in München, als rein kulturwissenschaftliches Institut, zum korrespondierenden Mitglied ernannt hatte, bedeutete die jüngste Krönung der Entrechtung, die auf den Südtirolern lastet.

Wie leidenschaftlich sind die Italiener jeweils dabei, über Barbarei und Unterdrückung zu klagen, wenn sich ihre Volksgenossen jenseits der italienischen Staatsgrenzen irgendwo in ihren Rechten beeinträchtigt glauben! Wer, wie Italien, innerhalb seiner Grenzen in der Unterdrückung des Volkstums die Methoden der Barbarei in unvergleichbarer Weise entwickelt hat, hat jedes Recht verwirkt, anderen Staaten Vorwürfe zu machen.

Titulescu und der Weg Rumäniens.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

In die große Staaten-Aktion, die sich jetzt in Europa vollzieht, hat sich als mitzuspielender Faktor der unermüdliche Titulescu geschickt eingeschaltet und seine Arbeit hinter den Kulissen macht sich ziemlich stark bemerkbar. Der rumänische Außenminister tritt diesmal im Charakter des Vertreters der Kleinen Entente und der Balkanentente, also von fünf Staaten auf. Man könnte glauben, daß diese „Vertretung" eine genügend feste Basis für die Mission sei, die Titulescu auf seinen westeuropäischen Reisen zu erfüllen sich vorgesetzt hat, für die Mission, die Revision der Verträge in den südosteuropäischen Gebieten zu vereiteln und Sowjetrußland bei dessen Bestreben, einen beherrschenden Einfluß auf die Verhältnisse in Mittel- und Südost-Europa zu gewinnen, diplomatischen Vorschub zu leisten. Welche sachlichen Aussichten diese Mission hat, bleibe unerörtert, wenn auch diese Erörterung zu interessanten Schlüssen führen würde. Man wäre berechtigt, Titulescus Mission auch dann ein recht ungünstiges Horoskop zu stellen, wenn er wirklich den einheitlichen Willen und festen Entschluß der fünf Staaten der erwähnten beiden Staatengruppen repräsentieren würde. Das ist aber bei weitem nicht der Fall. Seine Mission steht auf einem schwankenden Boden vor allem im Bereiche der Kleinen Entente, wo die Interessen der drei Staaten, die sie bilden, immer mehr auseinanderlaufen. Aber auch in Rumänien, dessen Außenminister er ist, widerstrebt die natürliche Entwicklung der Dinge der von Titulescu übernommenen Mission. So vollzieht sich immer deutlicher eine Wandlung im Verhältnis Rumäniens zum Deutschen Reiche.

Der Bukarester Korrespondent der „Gazeta Polska" macht darüber interessante Feststellungen. Er erklärt das Unterbleiben einer Demarche der Kleinen Entente nach dem von Deutschland am 16. März vollzogenen Akt damit, daß Bukarest dem Drängen Prags zu einem Protest in Berlin einen lähmenden Widerstand entgegenzusetzen wußte. „Rumänien" — führt der Korrespondent aus — „hat sich stets durch eine beträchtliche politische Geschmeidigkeit ausgezeichnet. Während 30 Jahren war es ein Bundesgenosse Österreich-Ungarns, doch im Jahre 1916 ist es in den Krieg auf die Seite der Entente getreten. Deutschland befleißigte sich bisher in Rumänien und auf dem Balkan einer passiven Politik. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Deutschland auf diesem Terrain bald zu einer aktiveren Rolle zurückkehren wird. **Rumänien können sich jeden Augenblick neue Perspektiven eröffnen. Real betrachtet, kann eben Deutschland und nicht das gefährliche Rußland oder das ferne Frankreich — den Rumänen die auf einem Kompromiß basierte Ruhe an der transsylvanischen Grenze sichern. Natürlich: auf Kosten der tschechoslowakischen Freunde.** Es ist sehr bezeichnend, daß Deutschland — während Rumänien beinahe im Wirtschaftskriege mit Frankreich ist — **jetzt für drei Milliarden rumänische agrarische Waren angekauft hat,** die man nirgends abzusetzen vermocht hatte. **Man darf die wirtschaftliche Kraft Deutschlands im Donaubecken nicht unterschätzen.** Die ungeachtet der flehentlichen Bitten Prags von Bukarest geübte Zurückhaltung gegenüber Berlin — legt viele Gedanken zu diesem Thema nahe.

„Wird", so fragt das Blatt zum Schluß, „schon so rasch der Augenblick kommen, da Bukarest unter Wahrung der bisherigen von Titulescu in Paris erworbenen politischen Aktivposten — nach einem Modus sucht, **um sich neue Horizonte — in Berlin zu öffnen?"** —

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Mit der Brücke eingestürzt und ertrunken.

In einer der letzten Nächte drangen unbekannte Diebe in die verschlossene Scheune des Landwirts W. Orlikowski in Salesch ein, wo sie eine bedeutende Menge Roggen stahlen und mit ihrer Beute spurlos verschwanden.

In der Nähe der Ortschaft Solez im Kielcer Gebiet ereignete sich ein nicht alltäglicher Unfall, der zwei Menschenleben forderte. Als ein mit zwei Bauern besetztes Fuhrwerk über die Holzbrücke eines Baches fuhr, brachen die von dem andauernden Regen stark in Mitleidenschaft gezogenen Balken zusammen und das Fuhrwerk stürzte in den an dieser Stelle sehr tiefen Bach. Beide Bauern ertranken, auch die beiden Pferde kamen um.

Politischer Frühling in Frankreich.

Schießerei in Marseille.

Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit, vor allem aber als Fortgang des Gemeindewahlkampfes mehren sich wieder die politischen Kundgebungen und Zusammenstöße. In Marseille kam es am Mittwoch abend nach Schluß einer Wählerversammlung zu einer Schießerei. Zwei Personen mußten ins Spital gebracht werden.

Am gleichen Abend veranstaltete in Lille gegen den dortigen sozialistischen Bürgermeister der Verband Feuerkreuz eine große Demonstration, die eine förmliche Mobilisierung der Mitglieder dieses Verbandes aus den beiden nördlichen Departements Frankreichs gewesen ist. Ehe die völlig überraschte Stadtpolizei eingreifen konnte, waren die Hauptstraßen schon völlig verstopft und die Feuerkreuzler konnten in der Stadtmitte eine Versammlung unter freiem Himmel mit drei Rednern abhalten.

Private weibliche Gemeinderäte.

„Halbamtliche Wahlen" von „privaten weiblichen Gemeinderäten" werden in Villeurbanne, der modernen Musterstadt bei Lyon, zusammen mit den eigentlichen Gemeindewahlen im Mai veranstaltet. In verschiedenen Orten ist seit einiger Zeit die Forderung erhoben worden, daß in Ermangelung einer parlamentarischen Erledigung des Frauenstimmrechtes wenigstens der Versuch mit derartigen nichtamtlichen Wahlen gemacht werden solle als Demonstration und gleichzeitig als Versuch, die auf diesem Wege gewählten Frauen mit beratender Funktion dem Gemeinderat zuzuteilen und

ihre Befähigung zu erproben.

Der Bürgermeister von Villeurbanne hatte schon vor einigen Tagen angekündigt, daß er einen Weg finden werde. Nunmehr ist verfügt und vom Gemeinderat auch schon beschlossen, daß bei den Wahlen im Mai in der Nähe der amtlichen Wahlbureaus jeweils immer ein zweites Bureau eingerichtet wird und daß dort die Wähler ihre Stimmen für die „privaten Gemeinderätinnen" abgeben können, von denen im ganzen vier gewählt werden sollen. Diese vier Frauen würden dann an den Arbeiten der Ausschüsse des Gemeinderats teilnehmen und mit besonderen Aufträgen versehen werden. Abstimmen würden sie natürlich nicht können.

Es hängt jetzt von den Männern ab,

die nach dem geltenden Gesetz allein Wähler sind, ob eine genügende Stimmenzahl in diesen Filial-Wahlbureaus abgegeben wird, denn nur wenn diese „halbamtlichen Nebenwahlen" einen bestimmten Hundertsatz der abgegebenen gültigen Stimmen der Hauptwahl erreichen, sollen die Nebenwahlen anerkannt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Beispiel von Villeurbanne Nachahmung findet, denn besonders in Ostfrankreich ist gegenwärtig die Bewegung für das Frauenstimmrecht wieder sehr stark.

Deutschlands Stellung zum Ostpakt

Grundsätzliche Erklärung der Reichsregierung.

Berlin, 15. April.

Irreführende Auslegungen in verschiedenen Pressekommentaren haben die Reichsregierung veranlaßt, ihren Standpunkt in der Frage des Ostpaktes wie folgt zu präzisieren:

1. In den Berliner Besprechungen hat der Führer und Reichskanzler der britischen Delegation mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, zum Ostpakt in der vorgeschlagenen Form ihren Beitritt zu erklären. Die Deutsche Reichsregierung sei demgegenüber aber bereit, einem solchen kollektiven Sicherheitspakt ihre Zustimmung zu geben dann, wenn er

erstens sich aufbaue auf gegenseitigen und allgemeinen Nichtangriffsverpflichtungen und Schiedsgerichtsverfahren,

zweitens im Falle einer Friedensstörung ein konsultatives Verfahren vorsehe,

drittens sei die Deutsche Reichsregierung bereit — unter Betonung der Schwierigkeiten der einwandfreien Feststellung eines Angreifers —, sich allgemeinen Maßnahmen der Nichtunterstützung eines solchen anzuschließen.

Zu diesem Angebot steht die Deutsche Reichsregierung auch heute.

2. Der Führer und Reichskanzler hat in dieser Besprechung weiter mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung nicht in der Lage sei, einem Paktvorschlag zuzustimmen, der, sei es für alle oder für einzelne, mehr oder weniger automatische militärische Beistandsverpflichtungen enhalte. Diese sähe darin

nicht ein Element der Friedenserhaltung, sondern eher noch ein Element der Friedensbedrohung.

Die Deutsche Reichsregierung bekennt sich auch heute zu dieser Auffassung und zu der sich daraus ergebenden Haltung.

3. Die Reichsregierung hat sofort nach Übernahme der Macht ihren Wunsch ausgedrückt, mit den umliegenden Staaten Nichtangriffspakte abzuschließen. Sie machte diesen Vorschlag, ohne eine eingehende Kenntnis bestehender zwei- oder mehrseitiger militärischer Abmachungen einzelner Staaten zu besitzen, und ohne jede Bezugnahme auf sie. Da sie selbst keine aggressiven Absichten hegt, fühlt sie sich von wirklichen Defensivabkommen auch nicht betroffen. Auch zu dieser Auffassung bekennt sich die Deutsche Reichsregierung heute noch. So wenig sie daher in der Lage ist, einem Pakt beizutreten, der solche militärischen Verpflichtungen als ein wesentliches Element seines Inhaltes und damit seiner Existenz enthält, so wenig können solche außerhalb dieses Paktes liegenden Vereinbarungen die Deutsche Reichsregierung behindern, ihrerseits Nichtangriffspakte auf der oben fixierten Basis abzuschließen.

Dies ist der Sinn der Antwort der Deutschen Reichsregierung auf die Frage des Kgl. Britischen Botschafters, ob Deutschland bereit sei, einen Ostpakt auf der von ihm selbst angedeuteten Grundlage abzuschließen, auch für den Fall, daß andere Staaten unter sich noch besondere Abmachungen getroffen hätten oder treffen würden.

Die Deutsche Reichsregierung will aber an dieser Stelle die folgenden Bemerkungen nicht unterdrücken: Die von verschiedenen Regierungen als nötig erachtete Ergänzung von Nichtangriffs- und Gewaltausschließungspakten durch militärische Beistandsverpflichtungen

beruht auf einem Widerspruch in sich.

Entweder man glaubt an freiwillig übernommene Verpflichtungen, oder man glaubt an sie nicht. Glaubt man an sie, dann ist die Notwendigkeit solcher militärischen Abmachungen nicht einzusehen. Zweifelt man aber an der aufrichtigen Einhaltung einer übernommenen Nichtangriffsverpflichtung, dann ist dieser Zweifel genau so berechtigt gegenüber der sinngemäßen Einhaltung der ergänzenden militärischen Verpflichtungen solcher Friedenspakte.

Wenn es möglich ist, daß aus Nichtangriffspakten Kriege entstehen, ist es ebenso möglich, daß aus defensiven Beistandspakten offensive Angriffshandlungen kommen. Nur scheint der Deutschen Reichsregierung der Weg vom Gewalt-Ablehnungs- und Ausscheidungspakt zum gewalttätigen Friedensbruch ein weiterer zu sein, als der Weg von militärischen Verpflichtungen defensiver Natur zu einer militärischen Haltung offensiver Art. Die Deutsche Reichsregierung sieht aber nach wie vor in dieser Entwicklung militärischer Bündnisse in Europa kein Element einer kollektiven, friedlichen Entwicklung oder gar einer Garantie des Friedens. Sie ist daher auch nicht in der Lage, Pakte zu unterzeichnen, in denen solche Verpflichtungen ein integrierender Bestandteil sind, gleichgültig ob für alle oder für einzelne Teilnehmer.

Der vorstehende Standpunkt ist dem Britischen Staatssekretär des Äußern durch Vermittlung der hiesigen Botschaft amtlich mitgeteilt worden.

*

Wenn die Konferenz in Stresa schließlich doch noch überhaupt zu einem Ergebnis geführt hat, so verdankt sie das Deutschland. Allerdings würde der kollektive Sicherheitspakt, zu dem Deutschland seine Zustimmung geben will, von dem ursprünglichen Ostpaktkonzept erheblich abweichen. In diesem war als Hauptpunkt die „assistance mutuelle", d. h. die Verpflichtung zu gegenseitiger militärischer Hilfeleistung, enthalten. Gegen diese Hilfeleistungsklausel vornehmlich richtete sich der Widerstand, den Deutschland dem Ostpaktprojekt entgegenstellte. Die deutsche Auffassung von der Gefährlichkeit der „assistance mutuelle" hat sich auch nicht geändert. Die Gründe für die Ablehnung dieser Vertragsklausel sind die wiederholt schon dargelegten: Deutschland will nicht in Konflikte dritter Staaten hineingezogen werden, an denen es selbst nicht interessiert ist. Es will nicht um solcher Konflikte willen Durchmarschgebiet fremder Heere werden. Um all dieser Konsequenzen willen bildet die „assistance mutuelle" tatsächlich keine Friedenssicherung, sondern eine Gefährdung des Friedens. Sie bedeutet etwa dasselbe, als wenn man ein Gewehr scharf ladet und dann acht oder zehn Menschen gleichzeitig den Finger an den Abzug legen läßt. Irgendeiner wird bestimmt einmal nervös und drückt los. Dieser Schuß würde im System der Hilfeleistungspakte ein verhängnisvolles Echo finden.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß trotz dieser gewiß begründeten Bedenken die anderen Mächte am Gedanken der „assistance mutuelle" festhalten, und nicht nur das, sondern daß zwei von ihnen, Frankreich und Sowjetrußland mit ihrer kürzlichen Vereinbarung bereits den ersten Schritt zum Abschluß eines gegenseitigen Hilfeleistungspaktes getan haben. Weitere werden ihm folgen. Die Tschechoslowakei wird sich voraussichtlich anschließen, und Moskau hat auch den baltischen Randstaaten ein Angebot unterbreitet. Diese von anderer Seite geschaffenen vollendeten Tatsachen lassen es begreiflich erscheinen, daß Deutschland in seiner Antwort an Sir John Simon erklärt hat, es würde seine schon in Berlin bekundete Bereitwilligkeit zum Abschluß eines östlichen Nichtangriffspaktes auch dann aufrecht erhalten, wenn andere Mächte Sonderabmachungen mit dem Ziel der gegenseitigen Hilfeleistung abschlössen. Daß es diese Abmachungen aber aus dem von ihm selbst unterzeichneten Paktinstrument fernhalten will, entspringt dem Wunsche, nicht mit der Verantwortung für Dinge belastet zu werden, die nach deutscher Überzeugung sich unheilvoll auswirken müssen.

Auf jeden Fall ist die nach Stresa gegebene Antwort ein neuer Beweis für den guten Willen der Deutschen Regierung, alles, was sich irgendwie mit der pflichtgemäßen Wahrung der Interessen des eigenen Landes vereinbaren läßt, zu tun, wenn dadurch Beruhigung in Europa geschaffen werden kann. In dieser Auswirkung kann auch allein der Wert eines Ostpaktes in der neuen Form liegen. Vielleicht löst er bei den anderen sogar eines Tages die Überzeugung aus, daß ihre in einer Art hysterischer Panikstimmung abgeschlossenen Hilfeleistungsverträge überflüssig sind.

Lebhaftes Interesse in Polen.

Das deutsche Einverständnis, unter Umständen an einem kollektiven Nichtangriffspakt der östlichen Staaten auch dann teilzunehmen, wenn einzelne dieser Staaten in einem besonderen Vertragswerk unter sich die Verpflichtung der gegenseitigen Hilfe übernehmen, hat in Polen lebhaftes Interesse hervorgerufen.

Wie stets gegenüber unvermuteten politischen Ereignissen, enthält sich die polnische Presse bis zur Klärung der Regierungsmeinung aller Kommentare und gibt nur durch Überschriften ihre vorläufige Einstellung zu erkennen. Sichtbar ist jedoch bereits, welches Moment von Polen in den Vordergrund gestellt wird. Es ist die Tatsache, daß der ursprüngliche Ostpakt auf Grund der neuen deutschen Erklärung als endgültig gescheitert angesehen werden kann.

„In Stresa starb gestern der Ostpakt, und neue Pläne und Möglichkeiten wurden geboren",

überschreibt der regierungsfreundliche **„Kurjer Poranny"** seine Auffassung. Dasselbe bringt der Korrespondent der amtlichen Polnischen Telegraphen-Agentur aus Stresa zum Ausdruck, indem er schreibt:

„Wie man sieht, kann der sowjetrussische Ostpakt als begraben gelten. Es eröffnen sich neue Möglichkeiten für einen neuen Pakt in Osteuropa, der auf den Grundsatz des Nichtangriffs gestützt sein würde. Das bedeutet, daß die Großmächte bei Prüfung der tatsächlichen Möglichkeiten zur Überzeugung kommen, daß das System der Nichtangriffspakte erfolgreicher die Stabilisierung des Friedens sichert, als das Sowjetsystem der gegenseitigen Hilfe, welches Moskau den Ostpakt nennt. Im Lichte der europäischen Lage wurde dieses System in Stresa für unreif erachtet."

Man sieht also, Polen legt Wert darauf, den ursprünglichen Ostpaktentwurf als den eigentlichen von Polen um jeden Preis abgelehnten Ostpakt gelten zu lassen, von dem sich das nun zu erwartende Gebilde so sehr unterscheide, daß man es schon nicht mehr mit dem Namen Ostpakt bezeichnen könne. Da Beck gegenüber Eden die grundsätzliche Bereitschaft Polens zum Ausdruck brachte, an kollektiven Pakten teilzunehmen, sofern sie für Polens Sicherheitsbedürfnisse tragbar sind, stellt die heute von Polen vorgenommene feine Unterscheidung eine Brücke dar, über welche unter Umständen auch Polen den Weg in das neue Paktgebilde finden könnte.

Ablehnung des Ostpaktes durch Lettland und Estland?

Aus Warschauer diplomatischen Kreisen verlautet, daß die ultimative Forderung der Sowjetunion an die Baltischen Staaten, sofort dem Ostpakt beizutreten, von Lettland und Estland abgelehnt worden sei, während Litauen sich geneigt zeige, der russischen Aufforderung Folge zu leisten.

„Eupen-Malmedy: Bitte Maul halten!"

Die flämische satirisch-politische Zeitschrift „Rainaert" bringt in ihrer Nummer 5 vom 16. März d. J. (Seite 71) unter der Überschrift „Eupen-Malmedy: Bitte Maul halten!" einen Aufsatz, dessen Inhalt zwar nur einem Wunschtraum entspringt, der jedoch bei aller Ironie viele Wahrheiten enthält, die man sich in Brüssel in bezug auf die Verhältnisse in Eupen-Malmedy ruhig zu Herzen nehmen sollte. Die „Germania" bringt einige der Hauptstellen dieses Aufsatzes in deutscher Übersetzung zum Abdruck. Es heißt dort:

„Unsere erlösten Brüder, die an der Warche wohnten — jetzt wohnen sie auf einem unterirdischen Gang von Beton und Zement, von Gewölben und Kasematten, wo kein Feind hindurch kann, außer wenn er darüber hinfliegt —, unsere erlösten Brüder also träumten einen schönen Traum. In ihrer Vorstellung sahen sie nämlich Hijmans, der — zur Einsicht gekommen, als in der Saarabstimmung die Legende von den Saarfranzosen so jämmerlich zuschanden geworden war — von einer unverhofften Gabe von Weitblick und staatsmännischer Weisheit befallen wurde und zu ihnen sagte:

Es gibt keine deutschen Belgier, ebensowenig wie es Saarfranzosen gibt; Deutsche sind Deutsche, und uns machen schon die Flamen genug zu schaffen, wir brauchen nicht noch mehr Mußbelgier.

Unsere erlösten Brüder träumten ferner, daß nach dem klaren und eindeutigen Volksvotum an der Saar die Belgier ein wenig schamrot werden würden ob der Komödie mit der Terrorabstimmung von 1920. In einem Staate wie Belgien, wo die Verfassung ausdrücklich erklärt, daß alle Macht vom Volke ausgeht, nicht von der Bank und nicht von den Fraternellen, da muß das Volk — so träumten sie — in letzter Instanz über seine staatlichen Verhältnisse bestimmen können; nichts ist also ehrlicher, nichts ist logischer, nichts ist loyaler als eine neue Abstimmung, die diesmal frei und ungezwungen über unsere Staatszugehörigkeit entscheiden soll. Es lebe die geheime und allgemeine Abstimmung!

Es war ein Traum! Es war nichts mehr als ein Traum!

Die Oberstaatsanwaltschaft von Lüttich, die Staatsanwaltschaft von Verviers, achtbare Polizeispürhunde, auch schnüffelnde Zweibeiner, Gendarmen und berufsmäßige Verteidiger der unwandelbaren Bürgertreue fielen wie eine Heuschreckenplage auf die erlösten Brüder herab. Und man fand entsetzliche Dinge! Man fand einen Revolver, sage und schreibe: einen Revolver, der nicht polizeilich angemeldet war. Man fand in einer Schriftleitung Pressenachrichten einer deutschen Nachrichtenagentur, vom VDA, wahrhaftigen Gott! Man fand Bilder von Hitler und von Wilhelm II., was besonders bemerkenswert ist. Man fand im Geldschrank des Heimatbundes hundert Franken, welcher Betrag natürlich évidemment sofort beschlagnahmt wurde, um einer Tradition treu zu bleiben, der man in Flandern seit November 1918 gründlichst gehuldigt hat.

Und, das Schlimmste von allem: man fand den Schriftführer jener Organisation in Naziuniform im Bett. Ist es möglich, die belgische Obrigkeit mit mehr Machiavellismus herauszufordern, ist eine größere Perversität denkbar, als statt mit einem Pyjama mit einer Naziuniform zu Bett zu gehen, sobald man die belgische Obrigkeit an die Tür klopfen hört?

Ferner ist durch die Untersuchung bereits festgestellt worden, daß all die Handlanger dieser Bande regelmäßig mit einem Autobus nach Aachen fuhren, während es doch ihre erste Pflicht gewesen wäre, jeden zweiten Tag mit einem Omnibus nach Beulemania (flämischer Spottname für Brüssel. Die Schriftl.) zu fahren, um dort am Grabe des Unbekannten Soldaten zu singen: „Je t'ai donné mon coeur."

Unsere Sureté wacht jedoch! All diese schlechten Belgier werden ihre neue Nationalität verlieren. Und wenn sie diese los sind, werden sie im Namen der Freiheit der kleinen Völker und der heiligsten menschlichen Rechte, für die Wilson mit den vierzehn Punkten und mit blauen Bohnen kämpfte, über die Grenze gejagt werden, möglicherweise von Herd und Familie getrennt und als Outlaws aus der Heimat vertrieben werden. Man wird also das ganze Gebiet räumen und an ihrer Stelle Soldaten dorthin bringen, viele, viele Soldaten, so daß das eroberte Gebiet ein großes Heerlager wird.

Unsere neuen Brüder wurden 1920 befreit. Befreit, um noch mehr geplagt und gereizt zu werden als der schlimmste flämische Aktivist. Befreit, um in der belgischen Familie noch weniger zu sein als ein Kongoneger, noch weniger als ein Flame; einer, der ständig Gefahr läuft, plötzlich heimatlos zu werden, dem immer das Damoklesschwert der Vertreibung über dem Haupte schwebt."

Wirtschaftliche Rundschau.

Deutschlands Ausfuhr — Qualitätsausfuhr.

Dr. Schacht sprach in Hamburg.

Auf der Jahresversammlung der Freunde des Ibero-Amerikanischen Instituts in Hamburg am 13. April hielt Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine Ansprache, der wir folgendes entnehmen:

Weltwirtschaft ist für uns Heutige eine Erinnerung und eine Hoffnung; denn was gegenwärtig von ihr vorhanden ist, sind leider nur Trümmer, die diesen stolzen Namen nicht verdienen.

Die Politik der Siegerstaaten war mit den Erfordernissen wirtschaftlicher Vernunft unvereinbar, und weil der Kredit zu politischen Zwecken mißbraucht wurde, hat sich sein Segen in einen Fluch verwandelt. Hätte man im Jahre 1924 die deutschen Reparationen gestrichen, so wären der Welt nicht nur die deutsche Transferkrise von 1931, sondern auch ein großer Teil der Krise in den Rohstoffländern und damit viele Verluste erspart geblieben — Verluste, die für alle Betroffenen viel größer sind als das, was die Reparationszahlungen jemals hätten erbringen können.

Wir wollen uns keinen Täuschungen darüber hingeben, daß die Bereinigung der Weltkrise mit der des Schuldenproblems steht und fällt.

Aktives Zupacken statt passiven Abwartens ist unsere Losung. Auf dem Gebiete der internationalen Wirtschaft freilich sind wir auf ausländische Partner angewiesen. Wir haben solche Partner, wie die uns aufgenötigten handelsfeindlichen Clearingverträge deutlich zeigen, auf unserem eigenen Kontinent leider noch nicht finden können. Wir haben sie aber bei Ihnen in Latein-Amerika in einem Ausmaße gefunden, das für beide Teile neue, erfolgversprechende Möglichkeiten eröffnet. Ich habe auch keinerlei Sorge, daß diese guten Beziehungen durch die Industrialisierung einiger Ihrer Länder zerstört werden könnten. Die führenden Staaten Südamerikas haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten mit erstaunlicher Schnelligkeit eine Großmachtstellung errungen. Es ist ganz selbstverständlich, daß Staaten dieses Ranges auch eigene Industrien haben müssen. Wir Deutschen sehen in dieser Entwicklung nicht die geringste Gefahr; denn die Technik des zwanzigsten Jahrhunderts ist so vielseitig und umfangreich, daß noch immer Handelsmöglichkeiten genug bleiben werden. Wir haben um so weniger einen Anlaß zu Befürchtungen oder gar zu Neid und Mißgunst, als die Tendenz der deutschen Ausfuhr immer mehr in Richtung auf Ausfuhr von Qualitätswaren geht. Auf diesem Gebiete aber hoffen wir immer eine hervorragende Stellung einzunehmen.

Einen Beweis für die Richtigkeit meiner optimistischen Auffassung sehe ich darin, daß sich der Außenhandel zwischen Deutschland und Latein-Amerika in der Nachkriegszeit anteilsmäßig recht günstig gestaltet hat. Im Jahre 1913 entfielen auf unseren Umsatz mit Südamerika 9,4, im Jahre 1927 dagegen 10.4 Prozent unseres Gesamtaußenhandels. Erst der Zusammenbruch des Jahres 1931 hat den Anteil auf 6,5 Prozent herabgedrückt. Die neuerliche Erleichterung der konjunkturellen Lage hat hüben wie drüben die Möglichkeit geboten, die Handelsbeziehungen wieder in Richtung auf den normalen Stand auszuweiten.

Ich weiß sehr wohl, daß es noch eine Fülle von Schwierigkeiten gibt, die im Laufe der Zeit beseitigt oder abgeschliffen werden müssen. Derartige Schwierigkeiten sind unter dem Zeichen der **Kompensations- und Verrechnungssysteme** unvermeidlich. Ich verrate aber kein Geheimnis, wenn ich Ihnen versichere,

daß die europäischen Clearingabkommen unvergleichlich größere Schwierigkeiten und Nachteile im Gefolge haben, als die verschiedenen Verrechnungsabkommen mit den latein-amerikanischen Ländern.

Nichts beweist dies schlagender als die Tatsache, daß unser Außenhandel mit Latein-Amerika nach oben geht, während der europäische Außenhandel kaum vor einem weiteren Einschrumpfen bewahrt werden kann.

Lassen Sie mich mit einer grundsätzlichen Feststellung schließen: **Politischer Unterdrückungswille** und kaufmännische **Mißgunst** zwischen den Staaten haben einen wesentlichen Anteil am Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Es kann sich erst dann zum Besseren wenden, wenn sich allgemein die Erkenntnis durchringt, daß Gleichberechtigung und gleiche Achtung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Grundlagen einer gedeihlichen weltwirtschaftlichen Entwicklung sind. Es wird erst dann aufwärts gehen, wenn die alte Wahrheit wieder zu Ehren kommt:

Je besser es meinem Kunden geht, desto besser geht es auch mir.

Polens Getreidemarkt

nach der Unterbrechung der Interventionen.

Die erneute Unterbrechung der Interventionen am polnischen Getreidemarkt durch die staatliche Getreidehandelsgesellschaft am 18. März d. J., sowie der Rückgang der Getreidepreise, der zwischen 1 bis 2 Złoty je Doppelzentner schwankt, steht gegenwärtig im Mittelpunkt der Erörterungen über die polnische Getreidepolitik. Die Getreidehandelsgesellschaft kauft nach Ansicht der Polonia im Gegensatz zu der landläufigen Auffassung die Getreideüberschüsse am Markt nicht zwecks Aufstapelung von Vorräten, sondern für Exportzwecke. Kleine Teile werden am Inlandsmarkt nur dann zur Verfügung gestellt, wenn eine Unterstützungsaktion für notleidende Gebiete von den staatlichen Stellen in die Wege geleitet werden muß.

Die Getreidehandelsgesellschaft kauft Getreide und zwar vorwiegend Roggen auf den inländischen Märkten und zwar richtet sich der Ankauf meistens nach den vorhandenen bzw. zu erwartenden Bestellungen. Die Getreideankäufe der Gesellschaft an der Börse schließen den unmittelbaren Handel mit Firmen, die keine Börsenmitglieder sind, aus, also insbesondere mit den kleinen Produzenten. Die Gesellschaft erwirbt ausschließlich hochwertiges Getreide, da ihr wichtigster Abnehmer, nämlich das Ausland, andere Getreidesorten nicht abnimmt.

Trotzdem die Ernte 1934 erheblich niedriger war, als die Vorernte, hat die Gesellschaft ebensoviel Getreide angekauft, wie im letzten Erntejahr; das wirkt sich wie eine erhebliche Intensivierung der Interventionsaktion aus. Nach der Ernte betrug der Ausgangspreis für Roggen 3,81 bis 3,84 holländische Gulden je Doppelzentner, bei einem Kurs von 3,60 Złoty für einen Gulden, was etwa einem Preise von 13,68 bis 14,42 Złoty je Doppelzentner entspricht. Der Roggenpreis hielt sich am Inlandsmarkt ohne größere Schwankungen, obwohl z. B. in letzter Zeit die Preise am Weltmarkt auf 2,20 holländische Gulden je Doppelzentner gesunken sind.

In einem Gespräch mit einem Sachverständigen des Getreidehandels wurde die hier und da aufgetauchte Behauptung, daß die Aktion der Getreidehandelsgesellschaft im Jahre 1934/35 95 Mill. Złoty gekostet haben soll, katgorisch in Abrede gestellt. Die Kosten der Aktion sind nach Ansicht dieses Fachmannes unvergleichlich geringer gewesen. Zu hohe Aufwendungen sind daher auch keineswegs der Anlaß für die Unterbrechung der Interventionen am Markt gewesen. Dagegen treffe es zu, daß der Hauptgrund in der Überlastung der vorhandenen Speicher liege, wohinzu noch der Mangel an neuen Aufträgen für den Export trete, der von Monat zu Monat schwieriger werde. Nach Ansicht dieses Fachmannes ist es nicht ausgeschlossen, daß das Angebot mit der Nachfrage in Einklang gebracht wird und daß dann mit einer allmählichen Befestigung der Preistendenz zu rechnen ist, um so mehr, als die Saatarbeiten vor der Tür stehen. Anzeichen für ein Anwachsen des Roggenbedarfs sollen sich hier und da schon bemerkbar machen.

Rückgang der polnischen Ausfuhr nach den Goldblockländern. Die Ausfuhr Polens nach den 5 zum Goldblock gehörenden Staaten betrug im Jahre 1933 193,5 Millionen Złoty, im Jahre 1934 jedoch — trotz Zunahme der polnischen Ausfuhr im allgemeinen — nur 190,1 Millionen Złoty. Dementsprechend ist auch der Anteil dieser Länder an der polnischen Ausfuhr von 20,2 Prozent im Jahre 1933 auf 19,5 Prozent im Jahre 1934 zurückgegangen. Im Gegensatz zu dieser Erscheinung ist die Ausfuhr Polens nach den Staaten des Sterlingblocks (England, Dänemark, Norwegen und Schweden) von 289 Millionen Złoty im Jahre 1933 auf 296,2 Millionen Złoty im Jahre 1934 gestiegen.

Selbstversorgung Deutschlands mit Agrarprodukten.

Erfolge und weitere Aussichten der Erzeugungsschlacht.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das Ziel der landwirtschaftlichen Erzeugungsschlacht ist es, die Versorgung Deutschlands einerseits mit Nahrungsmitteln, andererseits mit gewissen, aus dem deutschen Boden zu gewinnenden industriellen Rohstoffen soweit zu steigern, daß die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Auslande auf das geringstmögliche Maß zurückgeführt wird.

Nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung ist der Anteil der inländischen Erzeugung am Gesamtverbrauch von Nahrungsmitteln im Durchschnitt der letzten Jahre der folgende gewesen, wobei die eingeführten Futtermittel allerdings nicht berücksichtigt worden sind.

Roggen, Weizen, Braugerste, Hafer, Kartoffeln, Zucker, Fleisch insgesamt, Speisetalg, Trinkmilch von Kühen, Ziegenmilch	98—100 %
Milch und Molkereierzeugnisse insgesamt (darunter im einzelnen Käse), Speck, Süßwasser-Fische, Gemüse	90—97 %
tierische Fette insgesamt (darunter im einzelnen Butter und Schmalz), Wildfleisch, Obst, Erbsen	80—89 %
Geflügel, Eier, Honig	70—79 %
Seefische, Fische insgesamt	60—69 %
Fette insgesamt	50—59 %
Hülsenfrüchte insgesamt	40—49 %
Nüsse	30—39 %
Buchweizen, Bohnen	20—29 %
Margarine, Linsen	10—19 %
Pflanzliche Fette insgesamt, Hirse Mais für Maisstärke	1— 9 %
unvermischte pflanzliche Speisefette, Speiseöl, Südfrüchte, Kakao, Reis, Sago, Gewürz	unter 1 %

Wenn man die eingeführten Futtermittel berücksichtigt, dann ergibt sich für Schweinefleisch ein Anteil der Inlanderzeugung in Höhe von 80—90 % und für Molkereierzeugnisse, sowie Schmalz von 60—70 %.

Von den landwirtschaftlich erzeugten Industrierohstoffen, die unter den gegebenen klimatischen Verhältnissen auch in Deutschland gewonnen werden können, hat die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahren folgende Teile des Verbrauchs geliefert:

Hopfen, Alkohol	95—100 %
Holz, Wein (Most)	70— 79 %
Häute und Fette	50—59 %
Federn (rohe Schätzung)	30— 39 %
Tabak	20— 29 %
Flachs, Gerbstoffe	10— 19 %
Wolle	5— 9 %
Ölfrüchte, Ölkuchen, pflanzliche Öle	1— 4 %
Hanf, Jute, Hartfaser, Baumwolle, Seide, Kautschuk und andere Baumharze, Schellack usw.	unter 1 %

Die Anteilsätze sind sicherlich in einer ganzen Reihe von Fällen durch geeignete Maßnahmen zu steigern. Die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands ist in den letzten Jahrzehnten zwar gewachsen, sie hielt aber mit der Erhöhung des Verbrauchs nicht Schritt. Vor allem vollzog sich die Produktionssteigerung unausgeglichen. Wichtige Produktionszweige, wie die Erzeugung von Ölsaaten und Spinnstoffen wurden vernachlässigt oder gingen zurück, z. B. der Flachsanbau und die Wollzucht. Das Ziel der Erzeugungsschlacht ist deshalb einmal eine allgemeine Erhöhung des Produktionsumfanges, gleichzeitig aber auch eine bessere Anpassung der Produktion in ihrer Zusammensetzung an dem Verbrauch in Deutschland.

Auf dem Wege der Intensivierung der Erzeugung sind in den letzten fünf Jahren bereits bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. So stieg der Hektarertrag vom Jahresdurchschnitt 1925/28 bis zum Jahresdurchschnitt 1930/34 beim Roggen von 16,2 Doppelzentner auf 17,3 Doppelzentner, beim Weizen von 19,8 auf 21,5 Doppelzentner, bei der Gerste von 19,2 auf 19,9 Doppelzentner, beim Hafer von 18,7 auf 18,8 Doppelzentner, bei Kartoffeln von 135,5 auf 160,0 Dopelzentner, Zuckerrüben 250,5 auf 292,7 Doppelzentner, Runkelrüben 331,2 auf 397,6 Doppelzentner, Kohlrüben 280,4 auf 311,5 Doppelzentner, Klee- und Luzerneheu von 49,1 auf 53,0 Doppelzentner, Wiesenheu von 40,8 auf 42,0 Doppelzentner.

Auf Grund einer Überprüfung der im Rahmen der Erzeugungsschlacht vorgesehenen verschiedenen Maßnahmen kommt die Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung zu dem Ergebnis, daß folgendes erreichbar ist: Die bereits bestehende Selbstversorgung mit Getreide und Kartoffeln für menschliche Ernährung bleibt gesichert. Darüber hinaus kann der bisherige Fehlbetrag an Futtergetreide beseitigt werden. Die Versorgung mit pflanzlichen Ölen und Ölkuchen kann wesentlich verbessert werden. Eine Steigerung um das Zehnfache des gegenwärtigen Standes ist nicht unwahrscheinlich. Es kann ferner damit gerchnet werden, daß es gelingt, auch den Verbrauch von Molkereierzeugnissen im bisherigen Umfange aus der heimischen Erzeugung zu decken. Ebenso wird bei Hülsenfrüchten für Nahrungszwecke die vorgesehene Erweiterung der Anbauflächen zur Selbstversorgung führen. Dagegen wird bei Obst und Gemüse auch weiterhin ein gewisser, durch die klimatischen Verhältnisse bedingter Einfuhrbedarf bestehen bleiben. Eine Erhöhung der Flachsanbaufläche auf 90 000 Hektar, wie sie vorgesehen ist, würde nicht nur den gegenwärtigen Flachsbedarf decken, sondern sogar mehr als eine Verdoppelung des Verbrauchs möglich machen. Selbstversorgung mit Hanf ist erreichbar. Eine Erhöhung der Wollerzeugung bis zu einem Stande von 25 bis 30 % des gegenwärtigen Verbrauchs würde bereits bei einer Verdreifachung des gegenwärtigen Schafbestandes gesichert sein. Natürlich sind derartige Erfolge erst im Verlaufe von mehreren Jahren zu erzielen.

Umsätze der polnischen Börsen im Jahre 1934.

Aus den vom polnischen Statistischen Hauptamt veröffentlichten Ziffern über die Umsätze der polnischen Börsen im Jahre 1934 ist zu ersehen, daß die Umsätze gegenüber dem Vorjahre um nahezu 90 Mill. Złoty zurückgegangen sind. Von dem Gesamtumsatz des Jahres 1934 aller polnischen Börsen in Höhe von 509,6 Mill. Złoty (1933: 596,2 Mill. Złoty) entfallen 494,9 Mill. Złoty (586,1) auf die Warschauer Börse und 14,6 Mill. Złoty (10,1) auf die Börsen in Posen, Krakau, Lemberg, Lodz und Wilna, wobei der Anteil von Lodz 6,2 Mill. und der von Posen 7,2 Mill. Złoty beträgt. Den Hauptteil der Transaktionen bilden Valuten, und zwar 391,8 Mill. Złoty (507,9) in Warschau und 4,0 Mill. Złoty (1,6) an den Provinzbörsen. Der Aktienverkehr umfaßte 10,8 Mill. Złoty (7,5) in Warschau und 0,5 Mill. Złoty (0,3) an den Provinzbörsen, während festverzinsliche Papiere einen Umsatz von 92,3 Mill. Złoty (70,6) an der Warschauer und 10,0 Mill. Złoty (8,1) an den Provinzbörsen zu verzeichnen hatten. Von den festverzinslichen Werten entfielen 59,1 Mill. Złoty (47,9) auf Staatsanleihen, auf Obligationen der Staatsbanken 6 Mill. Złoty (6,1), der kommunalen Selbstverwaltungskörper 1,7 Mill. (0,7) und privater Institutionen 25,4 Mill. Złoty (15,7). Von dem Verkehr mit Aktien entfielen 6,8 Mill. Złoty auf Banken (5,5), 1,4 Mill. Złoty auf die Metallindustrie (0,9) und 1 Mill. Złoty auf die Maschinen- und elektrotechnische Industrie (0,7). In den anderen Industriezweigen waren die Umsätze gering.

Geldmarkt.

Der Złoty am 13. April. Danzig: Ueberweisung 57,69 bis 57,81, bar 57,70—57,82, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine —,— bis —,—, Prag: Ueberweisung 452,00, Wien: Ueberweisung —,—, Paris: Ueberweisung —,—, Zürich: Ueberweisung 58,27½, Mailand: Ueberweisung —,—, London: Ueberweisung 25,62, Kopenhagen: Ueberweisung 88,00, Stockholm: Ueberweisung —,—, Oslo: Ueberweisung —,—.

Warschauer Börse vom 13. April. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 89,90, 90,20 — 89,60, Belgrad —, Berlin 213,20, 214,20 — 212,20, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,08, 173,51 — 172,65 Spanien —,—, —,— — —,—, Holland 357,95, 358,85 — 357,05, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 114,55, 115,10 — 114,00 London 25,68 25,81 — 25,55, Newyork 5,29½, 5,32½ — 5,26½, Oslo —,—, —,— — —,—, Paris 34,97½, 35,06 — 34,89, Prag 22,14, 22,19 — 22,09, Riga —, Sofia —, Stockholm 132,35, 133,00 — 131,70, Schweiz 171,67 172,10 — 171,24, Tallin —, Wien —, Italien 43,95, 44,07 — 43,83

Berlin, 13. April. Amtl. Devisenkurse Newyork 2,476—2,480, London 12,00—12,03 Holland 167,53—167,87, Norwegen 60,32 bis 60,44 Schweden 61,89—62,01, Belgien 41,98—42,06, Italien 20,68 bis 20,72, Frankreich 16,38—16,42, Schweiz 80,72—80,88, Prag 10,37 bis 10,39, Wien 48,95—49,05, Danzig 81,10—81,26, Warschau 46,83—46,93.

Züricher Börse vom 13. April. (Amtlich.) Warschau 58,27½, Paris 20,38, London 14,93, Newyork 3,08⅛, Brüssel 52,30, Italien 25,60, Spanien 42,22½, Amsterdam 208,35, Berlin 124,25, Wien offiziell —, Noten 58,05 Stockholm 77,00, Oslo 75,00, Kopenhagen 66,65, Sofia —, Prag 12,90½, Belgrad 7,02, Athen 2,90, Konstantinopel 2,48, Bukarest 3,05, Helsingfors 6,59, Buenos Aires 79,25, Japan 88,00.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,26 Zł., do. kleine 5,25 Zł., Kanada 5,20 Zł., 1 Pfd. Sterling 25,40 Zł., 100 Schweizer Franken 171,16 Zł., 100 franz. Franken 34,87½ Zł., 100 deutsche Reichsmark 198,00 und in Gold 211,28 Zł. 100 Danziger Gulden 172,57 Zł., 100 tschech. Kronen —,— Zł., 100 österreich. Schillinge 98,00 Zł., holländischer Gulden 354,30 Zł., Belgisch Belgas 89,41 Zł., ital. Lire —,— Zł.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 15. April. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Złoty:

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.), Weizen 737,5 g/l. (125,2 f. h.), Braugerste 707 g/l. (120,1 f. h.), Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 f. h.), Sammelgerste 661 g/l. (112 f. h.), Hafer 468,5 g/l. (78,1 f. h.).

Transaktionspreise:

Roggen	— to	—.—	gelbe Lupinen	— to	—.—
	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Einheitsgerste	— to	—.—
Stand.-Weiz.	— to	—.—	Viktoriaerbsen	— to	—.—
Roggenkleie	— to	—.—	Speisekart.	— to	—.—
Weizenkleie, gr.	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.00—14.25	Weizenkleie, grob	11.25—11.75
Standardweizen	15.25—15.75	Gerstenkleie	10.50—11.50
a) Braugerste	18.75—19.25	Winterraps	40.00—42.00
b) Einheitsgerste	17.00—17.50	Rübsen	36.00—37.00
c) Sammelgerste	16.00—16.75	blauer Mohn	33.00—36.00
Hafer	14.00—14.75	Senf	33.00—35.00
Roggenm. IA 0-55%	22.50—23.00	Leinsamen	45.00—47.00
" IB 0-65%	21.00—21.50	Peluschken	29.00—32.00
" II 55-70%	15.75—16.25	Sommerwicken	31.00—33.00
Roggenschrotm. 0-95%	16.00—16.50	Seradella	13.00—14.50
		Felderbsen	28.00—32.00
Roggennachmehl unt. 70%	12.50—13.00	Viktoriaerbsen	32.00—37.00
		Folgererbsen	26.00—30.00
Weizenm. IA 0-20%	28.00—30.00	Tymothee ger.	45.00—55.00
" IB 0-45%	26.25—27.25	blaue Lupinen	9.75—10.50
" IC 0-55%	25.50—26.50	gelbe Lupinen	11.00—12.00
" ID 0-60%	24.50—25.50	engl. Raygras	90.00—110.00
" IE 0-65%	23.50—24.50	Gelbklee, enthülst	60.00—75.00
" IIA 20-55%	21.50—22.50	Weißklee	70.00—100.00
" IIB 20-65%	21.00—22.00	Rotklee, unger.	80.00—100.00
" IIC 45-55%	—.—	Rotklee, gereinigt	115.00—135.00
" IID 45-65%	19.75—20.75	Schwedenklee	200.00—240.00
" IIE 55-60%	—.—	Kartoffelflocken	11.00—11.50
" IIF 55-65%	15.25—15.75	Leinkuchen	18.50—19.00
" IIG 60-65%	—.—	Rapskuchen	13.00—13.50
" IIIA 65-70%	14.25—15.25	Sonnenblumenkuch.	—.—
Weizenm. IIIB 70-75%	12.25—12.75	Kokoskuchen	15.00—16.00
		Trockenschnitzel	8.00—9.00
Weizenschrotnachmehl 0-95%	16.75—17.25	Roggenstroh, lose	3.25—3.75
Roggenkleie	10.75—11.25	Roggenstroh, gepr.	3.50—4.00
Weizenkleie, fein	10.50—11.00	Netzeheu, lose	8.00—9.00
Weizenkleie, mittelg.	10.50—11.00	Sojaschrot	19.00—19.50

Fabrikkartoff. p. kg% 13½ gr, Speisekartoffeln Pommerell. 4.25—4.75

Allgemeine Tendenz: nicht einheitlich. Roggen und Roggenmehl stetig, Weizenmehl stetiger, Weizen, Hafer und Gerste ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	203 to	Speisekartoffel	45 to	Hafer	40 to
Weizen	279 to	Fabrikkartoff.	60 to	Leinkuchen	— to
Mahlgerste	— to	Saatkartoffel	60 to	Peluschken	— to
a) Braugerste	30 to	blauer Mohn	— to	Rapskuchen	— to
b) Einheits- "	148 to	weißer Mohn	— to	Rübsen	— to
c) Sammel- "	25 to	Netzeheu	— to	Gemenge	— to
Roggenmehl	107 to	Kleesaat	— to	Lupinen	— to
Weizenmehl	26 to	Gerstenkleie	15 to	Raps	— to
Viktoriaerbsen	— to	Seradella	— to	Wicken	to
Folger-Erbsen	— to	Trockenschnitzel	— to	Gelbe Lupinen	— to
Erbsen	15 to	Senf	— to	Timothee	— to
Roggenkleie	9? to	Kartoffelflock.	10 to	Weißklee	— to
Weizenkleie	42 to	Roggenstroh	— to	Klee	3,8 to

Gesamtangebot 1244 to

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 13. April. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	30 to	14.75
Weizen	30 to	16.25

Richtpreise:

Weizen	15.75—16.00	Peluschken	33.00—35.00
Roggen	14.40—14.60	Viktoriaerbsen	31.00—36.00
Braugerste	19.50—20.00	Folgererbsen	30.00—32.00
Einheitsgerste	17.50—17.75	Klee, gelb, in Schalen	—.—
Sammelgerste	16.50—17.00	Tymothee	60.00—70.00
Hafer	14.25—14.75	Engl. Raygras	90.00—100.00
Roggenmehl (65%)	20.50—21.50	Speisekartoffeln	2.20—2.40
Weizenmehl (65%)	23.75—24.25	Fabrikkartoff. p. kg%	—.—
Roggenkleie	11.00—11.50	Weizenstroh, lose	3.00—3.20
Weizenkleie, mittelg.	10.75—11.25	Weizenstroh, gepr.	3.60—3.80
Weizenkleie (grob)	11.50—12.00	Roggenstroh, lose	3.25—3.50
Gerstenkleie	10.25—11.50	Roggenstroh, gepr.	3.75—4.00
Winterraps	37.00—39.00	Haferstroh, lose	3.75—4.00
Rübsen	35.00—37.00	Haferstroh, gepreßt	4.25—4.50
Leinsamen	44.00—47.00	Gerstenstroh, lose	2.45—2.95
Blauer Mohn	34.00—37.00	Gerstenstroh, gepr.	3.35—3.55
gelbe Lupinen	12.50—13.00	Heu, lose	7.00—7.50
blaue Lupinen	10.50—11.00	Heu, gepreßt	7.50—8.00
Seradella	13.00—15.00	Netzeheu, lose	8.00—8.50
roter Klee, roh	130.00—140.00	Netzeheu, gepreßt	8.50—9.00
weißer Klee	80.00—110.00	Leinkuchen	18.75—19.00
Schwedenklee	220.00—240.00	Rapskuchen	12.75—13.00
Klee, gelb ohne Schalen	70.00—80.00	Sonnenblumenkuchen 42—43%	19.25—19.75
Senf	35.00—37.00	Sojaschrot	20.00—20.50
Sommerwicke	31.00—33.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 229 to, Weizen 702 to, Gerste 251 to, Hafer 100 to, Roggenmehl 100,8 to, Weizenmehl 82 to, Kartoffelflocken — to, Roggenkleie 140 to, Weizenkleie 100 to, Gerstenkleie 10 to, Viktoriaerbsen 10 to, Folgererbsen — to, Wicke 1 to, Peluschken — to, blaue Lupinen 40 to, gelbe Lupinen — to, Futterlupinen — to, Sämereien 9,3 to, Leinkuchen 10 to, Rapskuchen 15 to, Mischkuchen — to, Wolle — to, Leinsamen 2,5 to, Speisekartoffeln — to, Senf — to, Rotklee — to, Gelbklee — to, Weißklee — to, Rapsschrot — to, Raygras 1 to, Stroh — to, Gemenge — to, Mais 3 to, blauer Mohn — to, Sojaschrot 10 to, Sonnenblumenkuchen 15 to, Raps 17,5 to, Seradella 1,1 to, Setzkartoffeln 75 to, Fabrikkartoffeln 425 to, Erdnußkuchen 12,5 to, Kokoskuchen 7,5 to.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 13. April.) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 gr 9, Klasse A über 60 g 8½, Klasse B über 53 g 7½, Klasse C über 48 g 7, frische Eier: Klasse A über 60 gr 8, Klasse B über 53 g 7½; abweichende kleine und Schmutzeier 6½. Auslandseier: Dänen und Schweden: 18er —, 17er —, 15½—16er —, leichtere —; Norweger, estländische und ähnliche Sorten: 18er —, 17er —, 15½—16er —, leichtere —; Holländer, Belgier und ähnliche Sorten: 67—69 g —, 64—66 g 8½, 60—63 g 8, 56—59 g 7½; Ungarn und Jugoslawien: große —, mittelgroße —, normale —; Rumänen: mittelgroße —, normale —; Bulgaren: mittelgroße —, normale —; Russen: größere —, normale —; Polen: normale —, kleine, Mittel- und Schmutzeier —. Kühlhauseier: deutsche: extra große —, große —, normale —, kleine —; ausländische: extra große —, große —, normale —, kleine —; Kalkeier: extra große — große —, normale —, kleine —.

Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.

Tendenz: fester.

Posener Butterpreise vom 12. April (Festgesetzt durch die Firmen: Molkerei-Zentrale, Związek Gospodarczy Spółdzielni Mleczarskich.) En gros: 1 Qualität 2,90 Złoty pro Kg. ab Verladestation 2. Qualität 2,80, 3 Qualität 2,50. Ausgeformte Butter an Wiederverkäufer: 1. Qualität 3,20 Złoty pro Kg. ab Lager Posen, 2. Qualität 3,00. **Kleinverkaufspreis:** 1. Qualität 3,60, 2. Qualität 3,40, 3. Qualität 2,80 Złoty pro Kg.